



Die Sozialdemokratie: Der Übergang auf zentristische Positionen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 3)

HANS HAUTMANN

Der durch die Krise des Habsburgerreiches 1916/17 erzwungene Wechsel der Machthaber zu flexibleren Herrschaftsmethoden erforderte auch von der Sozialdemokratie eine veränderte Politik. Deren Wesen lag darin, der Parteiführung eine Balance zwischen ihrer nach wie vor monarchietreuen Haltung und der nötigen Rücksichtnahme auf die Stimmung der Basis zu verschaffen. Unter dem Eindruck der nun in Bewegung geratenden, aufbegehrenden und wieder zum Kampfmittel des Streiks greifenden Arbeitermassen stand sie vor der Wahl, die Entwicklung entweder reaktionslos weiterlaufen zu lassen und damit eine Spaltung ähnlich der in Deutschland zu riskieren, oder eine Anpassung an die neue Situation durch Überbordwerfen überholter Burgfriedenspositionen zu vollziehen. Die österreichische Sozialdemokratie, für die die erste Alternative nach ihrer gesamten Tradition seit Hainfeld undenkbar war (was in der Maxime der „Erhaltung der Einheit der Partei um jeden Preis“ Ausdruck fand), entschied sich für den zweiten Weg.

Um den zweiten Weg mit Aussicht auf Erfolg beschreiten zu können, waren zumindest vier Voraussetzungen nötig: a) Abkehr von der offen sozialpatriotischen Haltung der ersten beiden Kriegsjahre (Schlagwort des Parteivorstandes: „Bedauerliche Überspitzungen, die restlos überwunden sind“); b) Verstärkung der Friedenspropaganda (die mit dem neuen Regierungskurs vollkommen in Einklang stand); c) Verschärfung der Kritik an bestimmten Auswüchsen des Systems, welche die Arbeiterschaft besonders erregten (Willkürakte militärischer Betriebsleiter, Schlamperei und Unfähigkeit im Behördenapparat, durch Anprangern von ungerechten Urteilen der Militärjustiz, von Schiebern, Kriegsgewinnlern usw.); d) Hinwendung zu einem radikaleren Auftreten vor den Massen, das sich allerdings auf der von der Partei einge-

nommenen Grundposition der Erhaltung der Donaumonarchie und der damit unweigerlich verbundenen Kontinuität der politischen Unterstützung des Regimes (jetzt gegen die gemeinsame Gefahr revolutionärer Entwicklungen) nur in Worten erschöpfen konnte und in der Parole von der „Abrechnung nach dem Krieg“ Ausdruck fand.

Erläutern wir die wichtigsten Elemente des neuen zentristisch-sozialpazifistischen Kurses am Verlauf der Ereignisse zwischen Herbst 1916 und Herbst 1917.

Folgen des Adler-Attentats

Dass Friedrich Adler am 21. Oktober 1916 mit seinem Attentat auf den k.k. Ministerpräsidenten Stürgkh gerade in dem Augenblick die Symbolfigur des kriegsabsolutistischen Regimes tötete, als dieses unverkennbar in eine Sackgasse geraten war und kurz vor seiner Ablösung durch elastischere Formen stand, war ein historischer Zufall. Wenn Otto Bauer später schrieb, dass Friedrich Adlers Akt ein „Wendepunkt“ in der Geschichte der Arbeiterbewegung gewesen sei¹, dann muss seine Einschätzung dahingehend ergänzt werden, dass das System Stürgkh als nicht mehr den neuen Erfordernissen entsprechend früher oder später ohnehin gefallen wäre und Friedrich Adlers Schüsse diesen Prozess nur beschleunigten.

Die Antwort der Partei war zunächst blankes Entsetzen. Friedrich Austerlitz stellte das Attentat als Einzelaktion eines aus den seelischen Fugen geratenen Menschen hin und nannte es die Folge einer getrübbten Urteilskraft des Täters.² Als sich aber schon sehr bald gewisse positive Wirkungen des Attentats für die Gesamtpartei abzeichneten und sich anlässlich des Prozesses die von Anfang an vorhandenen Sympathien der Arbeiterschaft für Friedrich Adler noch erheblich verstärkten, begann der Parteivorstand den 21. Oktober 1916 umzuwerten und

das Attentat für die sozialdemokratische Bewegung in ihrer Gesamtheit zu reklamieren. Adlers Schüsse wurden zum „Angelpunkt einer Legende von der revolutionären Kontinuität“ der österreichischen Sozialdemokratie.³

Ansätze zur Umstilisierung der eigenen Vergangenheit, vor allem zum Zweck des Vergessenmachens der unverhohlenen sozialpatriotischen Haltung der ersten beiden Kriegsjahre, waren schon kurz vorher ersichtlich. Am 15. Oktober 1916, sechs Tage vor den Ereignissen im Speisesaal des Hotels Meißl & Schadn in Wien, schrieb Austerlitz in einer Polemik gegen Friedrich Adler:

„Wenn Kautsky (der als Zentrist in Deutschland ähnliche Positionen wie Friedrich Adler vertrat, H.H.) der Mehrheit vorwirft, sie habe an Stelle des Klassenkampfes den Burgfrieden gesetzt, so wird *in unserem Wirken davon keine Spur zu entdecken sein*. Auch dass wir an Stelle der Internationalität des Proletariats ‚die nationale Solidarität aller Klassen‘ verkündet haben, wird kein wahrheitsliebender Mensch behaupten können. *Wir haben keine Kredite bewilligt und aus der Kreditbewilligung keine neue Politik abgezogen.*“⁴

Die rechte Mehrheit der Parteiführung begann also die Tatsache, dass das Parlament im März 1914 von der Regierung wieder einmal vertagt und bei Kriegsausbruch für geschlossen erklärt worden war, ihr also die Gretchenfrage des *offenen* Einbekennens ihrer Staatsloyalität erspart blieb, als Beweis für die eigene „Unschuld“ und „ungebrochene Kontinuität“ einer klassenorientierten Politik“ propa-

Podiumsdiskussion und Symposium der
Alfred Klahr Gesellschaft und des
Bildungsvereins der KPÖ Steiermark

„Österreich auf dem Weg
in Militärbündnisse?“

28/29. September 2007, Graz
Programmablauf: Seite 24



Victor Adler (1852–1918)

gandistisch für sich auszuwerten. Ähnliche Töne schlug Victor Adler auf der Reichskonferenz im November 1916 an, als er in seinem Referat „Das Proletariat und der Friede“ alle Genossen aufforderte, man möge endlich aufhören, vom 4. August 1914 zu reden, da es in Österreich einen 4. August nicht gegeben habe.⁵

Überhaupt zeigte die 3. Reichskonferenz im Kriege, die zwölf Tage nach dem Attentat Friedrich Adlers vom 2. bis 4. November 1916 im Favoritner Arbeiterheim tagte und von 255 Delegierten beschickt war, bereits einige neue, bemerkenswerte Aspekte. Erstmals rang sich der Parteivorstand dazu durch, in der von Victor Adler vorgeschlagenen Resolution „Die Arbeiter und der Friede“ von der österreichischen Regierung die Herbeiführung eines Friedens ohne Eroberungen zu fordern.⁶ Ein Abänderungsantrag der nun von Robert Danneberg repräsentierten innerparteilichen Opposition, der „Linken“, in dem diese Forderung schärfer („ohne direkte und indirekte Eroberungen“) formuliert werden sollte, wurde zwar mehrheitlich abgelehnt, ein Unterschied zur SPD der Ebert und Scheidemann, die Annexionen nach wie vor befürwortete, war aber bereits zu erkennen.⁷

Der Arbeitertag 1916

Im Teil 2 der Artikelserie haben wir die Pionierrolle des seit 28. Oktober 1916 amtierenden k.k. Ministerpräsidenten Ernest v. Koerber bei der Einfädelung des neuen Verhältnisses der herrschenden Klassen zur Sozialdemokratie geschildert. Ein Schritt in diese

Richtung war die Erlaubnis zur Einberufung eines „Arbeitertages“.

Die Initiative entsprang der Erkenntnis der „flexiblen“ Kapitalgruppe, dass sich im Verlauf des Krieges zwischen der Partei- und Gewerkschaftsführung und den Arbeitermassen eine Kluft aufgetan hatte, die ständig größer wurde und langsam bedrohliche Dimensionen annahm. Sie war daher ab dem Spätherbst 1916 geneigt, der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission entgegenzukommen und beiden Organisationen durch deklarativ gezeigte Kompromissbereitschaft den Rücken zu stärken. Sie wusste, dass sie die immer unzufriedener und aufsässiger werdende Arbeiterschaft nur im Zusammenwirken mit einer Partei- und Gewerkschaftsspitze bändigen konnte, die in dem so heiklen Bereich der betrieblichen Arbeitsbeziehungen Massenkampfmethode weiterhin ablehnte.

Die Sozialdemokratie nahm den ihr von Koerber zugeworfenen Ball sofort auf und berief im Einvernehmen mit der Regierung für den 5. November 1916 einen „Arbeitertag“ in das Arbeiterheim Favoriten in Wien ein. An ihm nahmen die Obmänner, Sekretäre und Vertrauensleute der einzelnen Gewerkschaften sowie die Führer der Partei teil. Vertreter des Militärs und der österreichischen Ministerien waren als Gäste geladen. Über 1.000 Delegierte fanden sich ein.

Zweck des Arbeitertages war, die Lage der Arbeiterschaft im Kriege zu erörtern und „Vorschläge für die Neugestaltung des Arbeiterrechts im Kriege zu erstatten“.⁸ Karl Seitz umriss in seiner Eröffnungsrede nicht nur Sinn und Zweck der Tagung, sondern steckte zugleich auch den Rahmen ab. Er wie alle anderen Sprecher schworen Aktionen kämpferischen Charakters von vornherein ab und beschränkten sich darauf, Mahnungen an die Einsicht der kaiserlichen Ministerialbürokratie zu richten.

Der Arbeitertag 1916 zählt zu den Paradebeispielen für die politische Praxis der austromarxistischen Führer. Den Vertrauensmännern der Gewerkschaften wurde ein breites Feld für ihre Kritik an den üblen Erscheinungen des Kriegswirtschaftssystems eingeräumt. Diese Kritik war scharf und klang für die Ohren der ArbeiterInnen in den Betrieben sehr radikal. Der ohnehin schon gekürzte und im Ton abgeschwächte Wortlaut der Diskussionsbeiträge in der *Arbeiter-Zeitung* musste vom Kriegsüberwachungsamt an mehreren Stellen zensuriert werden. Auf jeden Fall ist das 1920 heraus-

gegebene ungekürzte Protokoll des Arbeitertages mit seiner Fülle lebendiger Schilderungen von Willkür, innerbetrieblichen Schikanen, Gängelung und Unterdrückung der Arbeiterschaft für den Historiker von größtem Wert. Gleichzeitig unterstrichen jedoch Karl Seitz, Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer in ihren Wortmeldungen den friedlichen Appellcharakter der Konferenz, wobei sie die Bereitschaft erkennen ließen, nach Abstellung der größten Missstände der Durchhaltestrategie der herrschenden Klassen weiterhin die Mauer zu machen.

Der Arbeitertag 1916 war ein wichtiger Markstein auf dem Weg des Einschwenkens der Machthaber zum Beschwichtigungskurs. Die ernüchternden Berichte über die unhaltbar gewordenen Zustände in den Kriegsleistungsbetrieben schienen die anwesenden Vertreter der Ministerien doch beeindruckt zu haben, und das führte, verbunden mit dem immer stärker werdenden Druck der Arbeitermassen, im Winter 1916/17 und im Frühjahr 1917 endlich zu konkreten gesetzlichen Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet, worüber im Teil 2 bereits berichtet wurde.⁹

Die Friedenskampagne

Verglichen mit der Kirchhofsruhe der beiden vorangegangenen Jahre begann sich die öffentliche Tätigkeit der Partei ab Ende 1916 geradezu zu überschlagen. Am 3. Dezember forderte ein Vertrauensmännertag der steirischen Arbeiterschaft von der Regierung, auf „jede Eroberungsabsicht“ zu verzichten.¹⁰ Am 9. und 10. Dezember 1916 ging man auf der Landeskonferenz der niederösterreichischen Sozialdemokratie im Arbeiterheim Margareten noch weiter, als in der einstimmig beschlossenen Resolution zum ersten Mal nicht mehr von der „Notwendigkeit der Landesverteidigung“, sondern nur von der, dem Krieg ein „annexionsloses Ende“ zu machen, die Rede war.¹¹

Auf dieser Konferenz kam es zu einem Zwischenfall, der ein bezeichnendes Licht auf die systemkonforme Haltung der Parteiführung wirft und verdeutlicht, wie sehr die nun in den Vordergrund gestellten Friedensbestrebungen nicht nur von der Massenstimmung, sondern auch von der Politik der kaiserlichen Regierung abhingen und beeinflusst wurden. Als nämlich Paul Richter, einer der Referenten der Landeskonferenz, darüber Beschwerde führte, „dass die Partei die Friedenspro-

paganda nicht in dem Maße und mit der Kraft betreibe, wie es wünschenswert erscheine“, und forderte, dass man in allen Versammlungen davon sprechen solle und die sozialdemokratische Presse dabei „ihre Pflicht erfüllen“ müsse, wandten sich die zwei anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes, Karl Seitz und Adelheid Popp, dagegen.¹²

Wenige Tage später war das aber zur erklärten Politik der Parteiführung geworden, weil die kaiserliche Regierung im Zusammenhang mit dem am 12. Dezember 1916 verkündeten Friedensangebot der Mittelmächte der Sozialdemokratie die Abhaltung frei zugänglicher Versammlungen zum Thema Frieden gestattete.

Die erste derartige Friedensversammlung fand am 28. Dezember 1916 im Arbeiterheim Favoriten statt. Hatte die Parteispitze bisher über mangelndes Interesse der Basis für die Organisation klagen müssen, so stand sie nun vor der Tatsache, dass die Versammlungen wieder sehr stark besucht wurden. Der Aufschwung des politischen Selbstbewusstseins der österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen war unübersehbar. Im Arbeiterheim fanden sich am 28. Dezember nicht weniger als 1200 Zuhörer ein. Victor Adler sprach über „Die Sozialdemokratie und die Friedensvorschläge“¹³, und der zur Beobachtung entsandte Polizeikommissär konnte befriedigt das Fehlen von „Zwischenfällen oder Anlässen zum Einschreiten“ konstatieren.¹⁴

Im Jänner und Februar 1917 setzte die Partei die Sammlungswelle über die Friedensfrage in verstärktem Maß fort. Die Kundgebungen, auf denen neben anderen Victor Adler, Friedrich Austerlitz, Karl Leuthner, Robert Danneberg, Karl Seitz, Therese Schlesinger und Adelheid Popp referierten und die durchwegs massenhaft besucht waren, hielten sich nach Ansicht der beobachtenden Polizeiorgane „im zulässigen Rahmen“.¹⁵ Ein zusammenfassender Bericht der Polizeidirektion Wien an das Ministerium des Inneren vom 23. März 1917 pries die „staatsmännische Klugheit der maßgebenden Parteiführer“, warnte aber davor, dass „ein großer Teil der Arbeiterschaft mit dem maßvollen Verhalten der Führer nicht einverstanden“ sei. Der eigentliche Sinn der Sammlungskampagne kam dann im Polizeibericht so zu Ausdruck:

„Die Führer sind sich wohl bewusst, dass eine radikale Politik nicht an der Zeit ist und muss (sic!) diese ihre Überzeugung gegen eine Minderheit verteidigen, die für eine radikalere Arbeit empfänglicher wäre. Die der Partei im De-

zember und Jänner gegebene Gelegenheit, aus Anlass der Friedenspropaganda wieder eine *auf die Massen wirkende Tätigkeit zu entfalten, war der Parteileitung sichtlich sehr willkommen.*“¹⁶

Die Komödie um den 1. Mai 1917

Unter solchen Umständen musste das Herannahen des 1. Mai 1917 die Frage nach dem Verhalten aufwerfen. In den Jahren 1915 und 1916 war den staatlichen Behörden diese Sorge noch von der Sozialdemokratie abgenommen worden. Die Partei- und Gewerkschaftsführung hatte damals im Zeichen des Burgfriedens die ArbeiterInnen aufgerufen, auf Maikundgebungen freiwillig zu verzichten, um die Kriegsproduktion nicht zu „unterbrechen“ und zu „stören“.¹⁷ Erst nach Beendigung der Arbeit führte die Partei an den Abenden des 1. Mai 1915 und 1916 in Lokalen ihre Feiern durch. Nun aber, da der Kampfwille der Massen so sichtbar anzuschwellen begann, hielt es die Regierung für angezeigt, einen anderen Weg zu wählen.

Am 21. April stellte das Kriegsministerium, eindeutig auf höhere Weisung, den militärischen Betriebsleitern in einem geheimen Erlass frei, Feiern zum 1. Mai durch Arbeitsruhe zu gestatten.¹⁸ Die Sozialdemokratische Partei, die davon nichts wusste, rief hingegen am 22. April 1917 die Arbeiterschaft auf, die Maifeier erneut in der „Kriegsform“, als Abendveranstaltung, zu begehen.¹⁹ Offenbar fürchtete man, dass – angesichts der katastrophalen Ernährungslage – ein Feiern des 1. Mai durch Ruhen der Arbeit die Massen zu weiteren, schwer kanalisierbaren Streikaktionen ermuntern könnte.

Irgendwie gelangte aber dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der Erlass des Kriegsministeriums zur Kenntnis. Er wandte sich daraufhin an den Parteivorstand und forderte ihn auf, seine Stellungnahme zur Maifeier zu revidieren. Man geht nicht fehl in der Annahme, dass die Indiskretion von der kaiserlichen Regierung selbst ausging, die auf diese Weise der Sozialdemokratie eine Änderung ihres Beschlusses nahe legen wollte. Prompt erschien am 27. April in der *Arbeiter-Zeitung* ein großer Aufruf an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, den 1. Mai, so wie früher gewohnt, durch Arbeitsruhe zu feiern.²⁰ Diese vollkommene Kehrtwendung binnen weniger Tage zeigt, dass die österreichische Sozialdemokratie während des Krieges nie auch nur einen Zentimeter über den von den Machthabern abgesteckten Handlungsspielraum hinausging.



Friedrich Adler (1879–1960)

Der Verlauf des 1. Mai 1917 bestätigte die von der Regierung ausgegangene Initiative. Er stand ganz im Zeichen der Friedenspropaganda und der Sympathiebekundungen für die russische Märzrevolution. Zu den befürchteten Zwischenfällen kam es eben aufgrund der Behördentaktik, den ArbeiterInnen die traditionellen Maifeiern „wohlwollend“ zu gestatten, nirgends.

Im Fahrwasser Czernins

Am 16. März 1917 wurde in Österreich der Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution in Russland und die Abdankung des Zaren bekannt. Die Sozialdemokratische Partei begrüßte die Umwälzung in Russland und nannte sie den bisher „stärksten Schlag, der gegen den Krieg geführt worden ist“.²¹ Am 27. März 1917 hielt Victor Adler auf einer Friedensversammlung im Favoritner Arbeiterheim eine Rede, deren Kernsätze lauteten:

„Wir wissen, dass wir uns gegenüber nicht mehr das Russland haben, das repräsentiert war durch das verhassteste Regime, durch den Zaren, gegen den unser Land zu verteidigen auch für uns, die wir wirklich den Krieg nicht wollten, ein Grund war, uns zu wehren. Heute haben wir nicht mehr den russischen Zaren drüben, sondern Russland ist das russische Volk, dem wir nicht Hass, sondern Liebe entgegenbringen, Liebe und Solidarität (lebhafter Beifall). Ein freies Russland ist nicht der Schrecken für Europa (...) Ein freies Russland (...) hört auf, eine Gefahr für Europa zu sein.“²²

Damit deutete Victor Adler genau das an, was die Partei als offizielle Begrün-



Ottokar Czernin (1872–1932)

ding für ihren Kurswechsel im Jahr 1917 hervorkehren sollte: So lange die „deutsche Kultur“ Mitteleuropas vom Zarismus bedroht war, so lange musste die Partei auf dem Boden der „Vaterlandsverteidigung“ stehen und den Krieg ihrer eigenen Regierung unterstützen. Nun aber, da in Russland die Demokratie gesiegt habe, sei es möglich, von der österreichischen Regierung einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ zu fordern.

Hier traf sich die Linie der Sozialdemokratie exakt mit der des k.u.k. Außenministers Ottokar Czernin, der alles daran setzte, um die Politik des Parteivorstandes in einem für die Zukunft der Monarchie günstigen Sinne zu aktivieren. Czernin, ein Hauptträger der von der „österreichisch-patriotischen“ Kapitalfraktion initiierten Systemauflockerung, suchte der Krise Österreich-Ungarns durch einen baldigen Friedensschluss zu begegnen, was nur gelingen konnte, wenn man Deutschland als den dominierenden und die Richtlinien der imperialistischen Politik der Mittelmächte bestimmenden Bündnispartner ebenfalls friedensgeneigt machte.²³ Für die Erreichung dieses Zieles setzte er bewusst auf die Karte einer engen Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteiführern, um deren pazifistische Deklarationen für bestimmte Schachzüge gegenüber der Politik der deutschen Reichsregierung zu benützen.²⁴ Czernin begrüßte deshalb die für Sommer 1917 angesetzten Friedensbesprechungen europäischer sozialdemokratischer Parteien in Stockholm und machte die Teilnahme öster-

reichischer Delegierter (Victor Adler, Seitz, Renner u.a.) an ihnen möglich.

Die Parteiführer bestimmten ihre Haltung für Stockholm so: „1. dass sie einen *Friedensschluss ohne Annexionen* fordern; 2. dass sie alle bürgerlichen Regierungen und herrschenden Bourgeoisien in gleicher Weise für den Krieg verantwortlich halten und darum auch *für einen allgemeinen Frieden ohne Entschädigungen* eintreten. Sie sind deshalb auch der Meinung, dass die *Beantwortung der Schuldfrage* abgelehnt werden müsse.“²⁵

Augenzeugen der im Mai 1917 durchgeführten Vorkonferenz in Stockholm berichten, dass der schwedische Sozialistenführer Branting über den „unglaublichen Unterschied“, den es nunmehr „zwischen den offiziellen sozialdemokratischen Anschauungen in Berlin und Wien“ gab²⁶, höchst verwundert war. Victor Adler hatte sich bis Herbst 1916 mit der Kriegspolitik der Mehrheitssozialdemokraten in Deutschland, der Gruppe Ebert-Scheidemann, vorbehaltlos solidarisiert. In Stockholm zeigte sich aber bereits, dass mit dem gleitenden Übergang der österreichischen Sozialdemokratie auf die Positionen des Zentrismus für sie eine Distanzierung von der Strömung des Sozialchauvinismus nötig wurde.

Das erkannte auch Lenin, der in seiner im April 1917 verfassten Schrift „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“ die drei Linien, die sich während des Weltkrieges innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung herausgebildet hatten, beschrieb. Zur ersten Strömung, den Sozialchauvinisten, zählte er Plechanow in Russland, Ebert und Scheidemann in Deutschland, Guesde in Frankreich, Bissolati in Italien, Hyndman in England und andere. Die zweite Strömung, das „Zentrum“, das „zwischen den Sozialchauvinisten und den Internationalisten der Tat schwankt“, charakterisierte Lenin wie folgt:

„Das ganze ‚Zentrum‘ beteuert hoch und heilig, sie seien Marxisten, Internationalisten, sie seien für den Frieden, für jederlei ‚Druck‘ auf die Regierungen, für jederlei ‚Forderungen‘ an die eigene Regierung, sie solle ‚den Friedenswillen des Volkes kundtun‘, sie seien für alle möglichen Kampagnen zugunsten des Friedens, für einen Frieden ohne Annexionen usw. usf. – und für den Frieden mit den Sozialchauvinisten. Das ‚Zentrum‘ ist für die ‚Einheit‘, das ‚Zentrum‘ ist ein Gegner der Spaltung (...) Der Kern der Sache ist, dass das ‚Zentrum‘ von der Notwendigkeit der Revolution gegen die

eigenen Regierungen nicht überzeugt ist, sie nicht propagiert, dass es keinen rücksichtslosen revolutionären Kampf führt, dass es gegen ihn die allerplattesten – und erz ‚marxistisch‘ klingenden – Ausflüchte erfindet.“²⁷

Als Repräsentanten des Zentrismus nannte Lenin die Gruppe Kautsky, Haase, Ledebour in Deutschland, Longuet in Frankreich, Snowden und MacDonald in England, Turati in Italien, Grimm in der Schweiz und „Victor Adler und Co. in Österreich“.²⁸ Nach seiner Ansicht war also die österreichische Sozialdemokratie nach ihrer Wandlung 1916/17 in ihrer Gesamttendenz der zentristischen Strömung zuzurechnen, war auf Positionen übergegangen, die vormals die oppositionelle „Linke“ vertreten hatte.

Dass die Partei damit keineswegs auf die Linie der Niederlage und des Sturzes der eigenen Regierung durch revolutionäre Massenaktionen eingeschwenkt war, bedarf keiner Erörterung und kam in ihrer Ende Mai 1917 veröffentlichten Erklärung zur Vorkonferenz in Stockholm auch klar zum Ausdruck:

„Das Zerschlagen einmal bestehender großer Staats- und Wirtschaftsgebiete wäre lediglich der Bourgeoisie der Großstaaten dienlich, die natürlich die vielen Kleinstaaten leichter gegeneinander ausspielen und beherrschen könnten (...) Gegenüber gewissen Vorwänden, es handle sich in diesem Krieg um die Befreiung der kleinen Völker Österreichs, stellen die Delegierten fest, dass der österreichische Staat die kleinen Nationen *nicht unterdrücke, sondern ihre nationale Existenz erhalte*.“²⁹

Damit erfüllte die Sozialdemokratie die von Czernin und seinen Hintermännern erwartete Gegenleistung: die Fortdauer der Donaumonarchie zu rechtfertigen und in deren unverletzlicher Erhaltung eine ihrer vornehmlichsten Aufgaben zu sehen. Aber auch das sollte sich nur ein Jahr später, im Sommer 1918, unter dem Zwang der Verhältnisse noch ändern, als die Partei auf die Positionen des von Otto Bauer ausgearbeiteten „Nationalitätenprogramms der ‚Linken‘“ überging, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zum Recht auf staatliche Lostrennung anerkannte und auf diese Weise ihr eigentliches Anliegen untermauerte: den Anschluss des deutschsprachigen österreichischen Staatsgebiets an Deutschland.³⁰

Der Parteitag 1917

Trotz aller Friedensbeteuerungen und radikal klingender Deklarationen konnte

auch nach der Adaptierung gewisser zentristischer Positionen von einem Nachlassen der Spannung zwischen Parteiführung und Basis keine Rede sein. Im Gegenteil, die Kluft wurde 1917 von Monat zu Monat bedrohlicher.³¹ Der Parteivorstand erkannte, dass eine erneute Rettungsaktion das Gebot der Stunde war. Das Einschwenken auf die „mittlere“ Linie hatte sich seit der Jahreswende 1916/17 schrittweise, vorsichtig, tastend und für viele ArbeiterInnen zuwenig merklich vollzogen. Deshalb erachteten die Parteiführer es für notwendig, die Wendung nach links stärker zu betonen, sie vor den Massen demonstrativ hervorzukehren und ihr eine offizielle, verbindliche Grundlage zu schaffen. Das geschah auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie im Oktober 1917.

Er trat am Abend des 19. Oktober zu seiner Eröffnungssitzung im großen Saal des Arbeiterheims in Wien-Favoriten zusammen. Es waren 283 Delegierte erschienen. Die Verhandlungen dauerten fünf Tage und waren am 24. Oktober beendet.

Der Parteitag begann mit einem psychologisch wohl berechneten Effekt. Unmittelbar nach der Begrüßung der TeilnehmerInnen verlas Skaret eine Sympathiekundgebung für Friedrich Adler und brachte sie zur Annahme.³² Aus dem „linken Querulanten“ von einst, den der Parteivorstand am Tage nach dem Attentat verleugnet hatte, war der Held und Märtyrer der österreichischen Sozialdemokratie geworden.

Im Anschluss an die Eröffnungsrede Victor Adlers und die recht kurzen, ganz auf organisatorische Fragen zugeschnittenen Berichte kam der Parteitag zu jenem Tagesordnungspunkt, der die Beratungen völlig beherrschen sollte. Gabriele Proft bestieg die Rednertribüne und verlas die von 50 Delegierten unterstützte „Erklärung der Linken“. Sie hatte Otto Bauer, der Mitte September 1917 aus der russischen Kriegsgefangenschaft nach Österreich zurückgekehrt war, verfasst. Otto Bauer war zwar Delegierter des Parteitages, ergriff aber nicht das Wort, weil ihm als Armeemember eine öffentliche politische Betätigung untersagt war.³³

In der „Erklärung der Linken“ wurde die Haltung des Parteivorstandes in den ersten beiden Kriegsjahren scharf kritisiert und angeprangert, dass seine Politik der von der II. Internationale auf ihren Kongressen in Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910) festgelegten Pflicht, die „durch den Krieg herbeigeführte wirt-

schaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksmassen und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunützen“, nicht entsprochen habe.

Weitere Punkte der Erklärung waren: Forderung nach offener Diskussion aller Streitfragen und nach stärkerer innerparteilicher Demokratie: „Nur auf diese Weise können wir das Monopol einiger Führer auf das politische Denken brechen, die Masse selbst zu politischem Denken erziehen, ihren blinden Autoritätsglauben, der mit dem Wesen einer demokratischen Partei unvereinbar ist, überwinden“; für energische Aktionen der Partei für den Frieden durch Massenversammlungen und Massendemonstrationen; gegen die Beschränkung der Parteitätigkeit auf „kleine Verbesserungen für einzelne Arbeiterschichten“; gegen den Reformismus, „in dem die Partei immer mehr aufzugehen droht“; für Klassenkampf: „Die wichtigste Aufgabe der Partei ist und bleibt der Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Herrschaft des Kapitals“; Bekämpfung, nicht „Überredung“ und „Appellierung an die Einsicht der herrschenden Klassen“; gegen den von Karl Renner vertretenen Ministerialismus als direkter Folge des Reformismus: „Wir lehnen jedes dauernde Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, jede Blockpolitik, wir lehnen jede Bewilligung des Budgets des Klassenstaates, jede Bewilligung von Kriegskrediten, jede Teilnahme an bürgerlichen Regierungen unbeding ab.“³⁴

Starke Worte, die sich selbst so manche kommunistische Partei der Gegenwart nicht mehr in den Mund zu nehmen getraut. Im selben Atemzug mit diesen höchst entschlossen und radikal klingenden Formulierungen versicherte die Linke jedoch:

„Wir streben nicht die Spaltung der Partei an. Wir wollen innerhalb der Partei, innerhalb ihrer Organisationen unsere Ansichten verbreiten, ihnen die Mehrheit der Parteimitglieder gewinnen und auf diese Weise die Haltung der Partei verändern.“³⁵

Die Absicht der Linken, die Haltung der Partei in ihrem Sinne zu ändern, war aber nicht mehr das entscheidende Kriterium. Wie bereits gezeigt wurde, hat die österreichische Sozialdemokratie schon Monate vor dem Parteitag ihre Politik sukzessive auf den von den Linken vertretenen Zentrismus umgestellt. Victor Adler hatte daher von seiner Warte aus recht, wenn er auf dem Parteitag die wichtigsten Kritikpunkte der Linken als



Otto Bauer (1881–1938)

„Klopfen von alten Kleidern“ bezeichnete. Es stellt sich die Frage, warum der Parteivorstand im Oktober 1917 diese Dinge wieder aufwärmte und den Linken plötzlich eine so breite Möglichkeit für ihre Kritik einräumte. Und die Antwort ist, dass der Parteivorstand das mit voller Absicht tat, um den „Übergang nach links“ den Arbeitermassen, die den Wortlaut der Verhandlungen in der *Arbeiter-Zeitung* zensurlos verfolgen konnten, als dramatischen „prinzipiellen Wendepunkt“ der Politik der Partei zu präsentieren. Oft kann man sich bei der Lektüre des Protokolls des Eindrucks nicht erwehren, dass der Text der „Erklärung der Linken“, die Reaktion des Parteivorstandes, ja sogar die Grundzüge der anschließenden Diskussion bereits vor Beginn des Parteitages abgesprochen wurden. Ein Indiz unter vielen: Friedrich Adler erwähnte in seiner Grabrede für Otto Bauer in Paris 1938, dass Victor Adler gegen Ende des Parteitages eine Resolution für die Parteimehrheit verfassen sollte, dazu aber schon zu müde war und zu Otto Bauer sagte: „So, jetzt setzen Sie sich hin und schreiben Sie für mich die Resolution!“³⁶ Otto Bauer erfüllte seinen Wunsch, womit ein und dieselbe Person die „scharfe“ Prinzipienklärung der Linken und die „gemäßigte“ Resolution der rechten Parteianhänger ausgearbeitet hatte.

Die Debatte um die „Erklärung der Linken“ war lang, lebhaft, emotional und stellenweise, vor allem im Lichte der Erfahrungen mit der späteren politischen Haltung der Diskutanten, kurios. Karl Renner wies die gegen ihn erhobenen

Vorwürfe z.B. mit dem Hinweis zurück, dass die Arbeiterklasse in jedem Land an das nationale Kapital „geschmiedet“ sei und sie „mit diesem Kapital leider Gottes auch gemeinsame Interessen“ habe.³⁷ Gleichzeitig behauptete er: „Wenn die Stunde kommt, werden sie sehen, dass ich auch ein Linker sein kann.“³⁸

Seitz, Ellenbogen, Sever, Austerlitz und andere verteidigten den Parteivorstand, wobei sie die von Victor Adler verwendeten Argumente vom „Einrennen offener Türen“ und der „Reparatur der rechten Fehler durch die geschichtliche Entwicklung selbst“ nur paraphrasierten. Am Ende der Debatte über die „Erklärung der Linken“ brachte Victor Adler eine Resolution ein (es war jene, die Otto Bauer für ihn verfasst hatte), die „unter lebhaftem Beifall und Händeklatschen“ einstimmig angenommen wurde. Darin hieß es, dass „die Partei ohne Unterschiede der Richtungen darin einig ist, ihre Geschlossenheit und Einigkeit zu erhalten (...) und in der notwendigen täglichen Kleinarbeit für die Interessen des Proletariats die Pflicht nicht zu vernachlässigen, die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe vorzubereiten.“³⁹

Bei der anschließenden Wahl des Parteivorstandes blieb daher so gut wie alles beim Alten. Die Zahl der Mitglieder wurde von zehn auf 14 erhöht; gewählt wurden Victor Adler, Friedrich Austerlitz, Otto Bauer, Anton David, Franz Domes, Wilhelm Ellenbogen, Matthias Eldersch, Engelbert Pernerstorfer, Adelheid Popp, Karl Renner, Jakob Reumann, Karl Seitz, Ferdinand Skaret und Josef Tomschik.⁴⁰ Unter den neu Aufgenommenen ragte neben Otto Bauer Karl Renner hervor, den man den heftigen Attacken zum Trotz demonstrativ zum ersten Mal in den Parteivorstand wählte. Mit Ausnahme von Otto Bauer saßen im Parteivorstand durchwegs wieder Vertreter jener Richtung, deren Politik in den Jahren 1914 bis 1916/17 die Parteikrise

ausgelöst und deren Haltung die in vielen Punkten so berechtigte Kritik der Linken hervorgerufen hatte. Aber sie hatten ja vor den Delegierten versprochen, „sich zu bessern“, was Otto Bauer zu der Feststellung veranlasste: „Die Mehrheit ist augenblicklich selbst in einer Entwicklung nach links.“⁴¹ Die späteren Ereignisse bewiesen, dass diese „Entwicklung nach links“ nur in Worten, nicht aber in der Praxis stattfand.

Seine historische Bedeutung

Die wichtigsten unmittelbaren Ergebnisse des Parteitags 1917 waren: 1. die Bewahrung und Zementierung der Einheit der österreichischen Sozialdemokratie; 2. der definitive Übergang der Gesamtpartei auf die Positionen des Zentrismus; und 3. das Ende der Kriegslinien, von der man als oppositioneller Parteigruppierung nach dem Oktober 1917 nicht mehr sprechen kann.

Der Parteitag 1917 war aber noch mehr. Er gehört zu den bedeutsamsten Parteitag in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie überhaupt. Die Partei erhielt durch ihn endgültig jene Gestalt, die sie bis zu ihrem Untergang im Februar 1934 behalten sollte. Das in der Ersten Republik zu beobachtende Auseinanderklaffen des Austromarxismus in linkes Wort und rechte Tat hat hier seine eigentliche Wurzel.

Die österreichische Sozialdemokratie unterschied sich vor dem Ersten Weltkrieg – von einzelnen Besonderheiten abgesehen, die aus der Struktur Österreich-Ungarns als Vielvölkerstaat resultierten und eine intensive Beschäftigung mit der Nationalitätenfrage notwendig machten – in den Grundzügen ihrer politischen Strategie und Taktik wie auch in ihrem Propagandavokabular in nichts von den anderen großen Parteien der II. Internationale. Zwischen 1918 und 1934 unterschied sie sich von den anderen Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in einem Punkt, dem des verbalradikalen Auftretens als eines permanenten Zustandes ihres Gebarens, aber sehr wohl. Eine Antwort wie die von Otto Bauer, der im März 1927 eine Wahlunterstützung seitens der KPÖ mit der Begründung ablehnte, dass in der Sozialdemokratischen Partei die „Einheit der österreichischen Arbeiterklasse“ bereits verwirklicht und das kommunistische Programm ohnehin „zu neun Zehntel mit dem eigenen identisch“ sei⁴², hat zur selben Zeit keine andere sozialdemokratische Partei Europas und der Welt gegeben.

Die Ursachen dafür liegen eindeutig

in den auf dem Parteitag 1917 von den verantwortlichen Parteiführern gezogenen Schlussfolgerungen, in der Antwort auf die Frage, wie die Radikalisierung der Arbeiter ohne Gefährdung der Einheit der Partei aufgefangen werden könne. Die österreichische Sozialdemokratie erkannte im Jahr 1917 im Verbalradikalismus die Möglichkeit, die Spannung zwischen Führung und Massen zu überbrücken.

Ihn kann man daher nicht mit Etiketten wie „geschickte Taktik“, „linke Demagogie“, „Gaukelspiel“, „Täuschung“ usw. abtun, denn er war *objektiv* bedingt. Hatte man sich im Jahr 1917 ein für allemal entschieden, die Geschlossenheit der Bewegung um jeden Preis zu bewahren, so mussten auch alle Konsequenzen in Kauf genommen werden. Und eine Konsequenz war, dass man den österreichischen ArbeiterInnen eine offen rechtsreformistische Politik nach Art der SPD in der Weimarer Republik nicht zumuten konnte, weil sie vom klassenbewussten Teil der sozialdemokratischen Mitglieder niemals widerspruchslos hingenommen worden wäre. So wurde die Notwendigkeit, die starken linken Tendenzen an der Mitgliederbasis sowohl verbal als auch materiell (durch die Sozialgesetzgebung 1918/19, durch das „Rote Wien“ etc.) aufzusaugen und die ganze Spannweite der Meinungen in der Partei unter einen einigenden Hut bringen zu müssen, zum Dreh- und Angelpunkt austromarxistischer Politik.

Anmerkungen:

1/ Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1965 (Neuaufgabe), S. 69.

2/ *Arbeiter-Zeitung*, 22. Oktober 1916, S. 1f.

3/ Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien–Frankfurt–Zürich 1968, S. 277.

4/ *Arbeiter-Zeitung*, 15. Oktober 1916, S. 3. Hervorhebungen H.H.

5/ Robert Danneberg, Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich, in: *Die Neue Zeit*, Stuttgart, 35. Jg. 1917, Nr. 19/20, S. 470. Am 4. August 1914 hatte die SPD, die stärkste und angesehenste Partei der II. Internationale, im deutschen Reichstag die von der Regierung geforderten Kriegskredite bewilligt und erklärt: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.“ Friedrich Austerlitz feierte diese Entscheidung in dem chauvinistischen Leitartikel „Der Tag der deutschen Nation“ in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. August 1914. Victor Adler hat danach mehrmals bekundet, dass sich bei einer Abstimmung im Parlament die österreichische genauso wie die deutsche Sozialde-

www.klahrgesellschaft.at

– Sämtliche Beiträge aus den AKG-Mitteilungen der Jahrgänge 1994–2007
 – Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der Alfred Klahr Gesellschaft seit 1993
 – Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs
 – Publikationen des Verlages der Alfred Klahr Gesellschaft

mokratie verhalten hätte. Seine Äußerungen fielen aber nur in einem kleinen Kreis von Parteifunktionären und blieben der Masse der Mitglieder wie der Arbeiter unbekannt. Die Knebelung des politischen Lebens durch das Paragraph 14-Regime Stürgkhs brachte der Partei also nicht nur Nachteile.

6/ Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, IX. Heft: Victor Adler der Parteiman, Nr. 4: Um Krieg und Frieden, Wien 1929, S. 189.

7/ Bis dahin hatten auch die österreichischen Parteiführer die Eroberungsziele ihrer eigenen herrschenden Klassen unterstützt. Karl Renner forderte „im Einklang mit dem habsburgischen Imperialismus die Eingliederung Polens und Serbiens in die österreichisch-ungarische Monarchie“. Siehe: Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Band 2, Hannover 1963, S. 33. Victor Adler sagte noch im März 1916, dass „ein wirklicher Sozialdemokrat die Idee der Zurückgebens von Polen an Russland (gemeint die von Deutschland und Österreich-Ungarn 1915 besetzten Gebiete Russisch-Polens, H.H.) nicht befürworten“ könne. Siehe: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, a.a.O., S. 161.

8/ Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs an den ersten deutschösterreichischen (achten österr.) Gewerkschaftskongress in Wien 1919, Wien o.J. (1920), S. 55.

9/ Am System der Militarisierung der Arbeit in den kriegswichtigen Betrieben wurde jedoch nicht gerüttelt. Es dauerte bis zum letzten Tag des Krieges an. Daraus ist ersichtlich, welche Bedeutung dem auch die „flexible“ Kapitalfraktion als einer unantastbaren „Errungenschaft“ für das Unternehmertum beimaß. Näheres dazu bei: Hans Hautmann, Unternehmer, Militär und Arbeiter im Ersten Weltkrieg, in: Politische Ökonomie, Macht und Arbeitnehmerinstitutionen im Kapitalismus. Festschrift für Erwin Weissel, hrsg. von Josef Schmee, Marburg 2000, S. 197–226.

10/ R. Danneberg, a.a.O., S. 471

11/ Rudolf Neck (Hrsg.), Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918, A. Quellen, I. Der Staat, Band 1 (1914–1917), Wien 1964, S. 168.

12/ Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Ministerium des Innern, Präsidialakten 22, Nr. 28559 ex 1916, Polizei-Direktion Wien an das Ministerium des Innern vom 11. Dezember 1916; Sozialdemokratische Landeskonferenz

13/ Abgedruckt in: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, XI. Heft, Nr. 6: Parteigeschichte und Parteipolitik. Nachträge und Ergänzungen, Wien 1929, S. 268ff.

14/ R. Neck, a.a.O., S. 189f.

15/ Ebenda, S. 230f.

16/ Ebenda, S. 250. Hervorhebungen H.H.

17/ Der 1. Mai wurde in Österreich erst 1919 zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Das bedeutet, dass ihn die Arbeiterschaft in den Jahrzehnten vorher – sofern er nicht gerade auf einen Sonntag fiel – jedes Mal durch Arbeitsruhe beging, de facto in Form eines eintägigen Generalstreiks. Siehe dazu: Dieter Fricke, Kleine Geschichte des Ersten Mai. Die Maifeier in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Berlin 1980

18/ R. Neck, a.a.O., S. 277f.

19/ *Arbeiter-Zeitung*, 22. April 1917, S. 9.

20/ Ebenda, 27. April 1917, S. 1.

21/ Ebenda, 16. März 1917, S. 2.

22/ Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, XI. Heft, a.a.O., S. 276.

23/ Ottokar Czernin, Im Weltkrieg, 2. Aufl., Berlin–Wien 1919, S. 200f.

24/ Ausführlich dazu: Joachim Böhm, Die österreichische Sozialdemokratie (DSAPÖ) in der Wende vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden. Eine Untersuchung der monarchietreuen Politik ihrer Führer (November 1916–Oktober 1917), in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, XIV. Jg. 1965, Heft 4, S. 216–220.

25/ Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, 5. Band, Wien 1925, S. 294. Hervorhebungen im Original.

26/ Zitiert bei: Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien 1965, S. 250.

27/ W.I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, in: W.I. Lenin, Werke, Band 24, Berlin 1972, S. 61. Hervorhebung im Original.

28/ Ebenda, S. 62. Hervorhebung H.H.

29/ L. Brügel, a.a.O., S. 295. Hervorhebung H.H.

30/ Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewe-



Zum Preis von 20.– Euro zu beziehen über den Autor: Karl Kalisch, Schlüsselgasse 8/15, 1080 Wien

Buchtipps

Karl Kalisch: Erinnerungen

Kindheit und Jugend in
Grünberg am Schneeberg

Eigenverlag 2006
(2. Auflage)

gung in Österreich 1918–1924, Wien–Zürich 1987, S. 222ff.

31/ Siehe dazu die im Teil 1 der Artikelserie abgedruckten Stimmungsberichte der kaiserlichen Behörden: *Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen*, 14. Jg., Nr. 1, März 2007, S.13.

32/ AVA, Ministerium des Innern, Präsidialakten 22, Nr. 21018/1917 vom 21. Oktober 1917; Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Im Parteitagsprotokoll wird die Verlesung der Grußadresse nicht erwähnt, sie ist aber unter den Anträgen als Nr. 8 abgedruckt.

33/ Otto Bauer, Werkausgabe, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Redaktion: Hugo Pepper, Band 2, Wien 1976, S. 18. Otto Bauers Artikel im *Kampferschienen* 1917/18 daher unter den Pseudonymen „O. B.“, „Karl Mann“, „Friedrich Schulze“ und „Heinrich Weber“.

34/ Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Abgehalten in Wien vom 19. bis 24. Oktober 1917, Wien 1918, S. 113–115. Hervorhebungen H.H.

35/ Ebenda, S. 114.

36/ *Der sozialistische Kampf*, Nr. 4, Paris, 16. Juli 1938, S. 85.

37/ Parteitagsprotokoll 1917, a.a.O., S. 121.

38/ Ebenda. Hervorhebung H.H.

39/ *Arbeiter-Zeitung*, 23. Oktober 1917, S. 3. Hervorhebung im Original.

40/ Parteitagsprotokoll 1917, a.a.O., S. 261.

41/ O. B. (Otto Bauer), Würzburg und Wien, in: *Der Kampf*, Wien, 10. Jg. 1917, Nr. 11/12, S. 328.

42/ Siehe: *Arbeiter-Zeitung*, 9. März 1927.



Neuerscheinungen

Claudia Kuretsidis-Haider: „Das Volk sitzt zu Gericht“. Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, 496 S., 53.– Euro

Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, 393 S., 38.– Euro

Heimo Halbrainer/Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.): Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Straffjustiz von Nürnberg bis Den Haag. Graz: Clio 2007, 320 S., 25.– Euro



Engelbert Broda und Stephan Hermlin

Eine Begegnung im Kampf um Abrüstung und Frieden

GERHARD OBERKOFER

Der Wiener Physikochemiker Engelbert Broda (1910–1983) hat in den letzten Monaten seines Lebens ein nachdenkliches Gedicht von Erich Fried (1921–1998), der als Wiener Gymnasiast 1938 aus dem von Hitlerdeutschland okkupierten Österreich flüchten hatte können und im Londoner Exil geblieben ist¹, in der Brusttasche seines Sakkos mit sich getragen:

*Weil das alles nicht hilft
Sie tun ja doch was sie wollen
Weil ich mir nicht nochmals
die Finger verbrennen will
Weil man nur lachen wird:
Auf dich haben sie gewartet
Und warum immer ich?
Keiner wird es mir danken
Weil da niemand mehr durchsieht
sondern höchstens noch mehr kaputtgeht
Weil jedes Schlechte
vielleicht auch sein Gutes hat
Weil es Sache des Standpunktes ist
und überhaupt wem soll man glauben?
Weil auch bei den andern nur
mit Wasser gekocht wird
Weil ich das lieber
Berufeneren überlasse
Weil man nie weiß
wie einem das schaden kann
Weil sich die Mühe nicht lohnt
weil sie alle das gar nicht wert sind
Das sind Todesursachen
zu schreiben auf unsere Gräber
die nicht mehr gegraben werden
wenn das die Ursachen sind*

Wir können annehmen, dass für Engelbert Broda dieses Gedicht poetischer Ausdruck der Gründe seiner über viele Jahrzehnte anhaltenden Bestrebungen für Frieden, Fortschritt und Humanität war. Dieses Gedicht mit der handschriftlichen Bemerkung: „E. B. hat diese Zeilen in letzter Zeit immer bei sich getragen“ ist das Schlussblatt des amtlichen, im Universitätsarchiv Wien deponierten Personalaktes der Universität Wien von Engelbert Broda.

Der Naturwissenschaftler Broda ließ sich bei seiner Einschätzung der Entwicklung des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens in Österreich von ausgewählter Literatur gerne inspirieren, obschon er wegen der zeitintensiven Ansprüche seines Forschungsbereiches für ausgedehnte Lektüre nur

selten Zeit erübrigen konnte. Joseph Roth (1894–1939) verehrte er in besonderer Weise, dessen 1932 zuerst erschienenen, immer wieder neu aufgelegten Roman „Radetzky marsch“ machte er gern zu Geschenk. Da heute Roth zum Kanon der Germanisten zählt, gerät leicht in Vergessenheit, dass dessen Texte lange Zeit randständig als Gschichtler behandelt wurden. Karl Kraus (1874–1936), der sich, der Verzweigung nahe, mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit konfrontiert und die Wiener Arbeiterbewegung zeitweise unterstützt hat, war Broda eine ebenso verlässliche Auskunftsperson wie Robert Musil (1880–1942). Der Chemiker Erwin Chargaff (1905–2002) dachte in diesem Zusammenhang ähnlich wie Broda, wenn er meint: „Das Aroma des Lebens in Wien zu jener Zeit kann am besten aus einigen Romanen abgeleitet werden, so z. B. aus Musils ‚Der Mann ohne Eigenschaften‘ oder Joseph Roths ‚Radetzky marsch‘, wie auch aus Peter Altenbergs [1859–1919] Skizzen“.² Für eine kleine Schicht von Wiener intellektuellen Jugendlichen wie Chargaff hatten die zeitweise von Georg Knepler (1906–2003) begleiteten Vorlesungen von Kraus „Kult“-Charakter, es gab ja noch keine solche Manipulation durch Fernsehen und Presse wie in der Gegenwart. Auf Chargaff übten sie einen prägenden Einfluss aus: „Niemand hat einen größeren Einfluß auf die Jahre meines Wachsens gehabt; seine ethischen Lehre, seine Vision der Menschheit, der Sprache, der Dichtung hat mein Herz niemals verlassen.“³ Broda merkt an, wie die positivistische Philosophie von Ernst Mach (1838–1916) Schriftsteller wie Hermann Bahr (1863–1934), Hugo von Hofmannsthal (1874–1929) oder den liberalen Musil in ihren Bann gezogen hat.⁴ Johann Nestroy (1801–1862) und Franz Grillparzer (1791–1872) waren ihm als Schriftsteller, die in Opposition zu den herrschenden Schichten der Habsburgermonarchie gestanden sind, sehr sympathisch. Den Dramatiker und Novellisten Arthur Schnitzler (1862–1931) sah Broda, der es nicht als Aufgabe der Literatur ansah, krankhafte Nervenzustände zu schildern, dagegen etwas skeptisch: „Über einen Einsatz Schnitzlers, dessen

Stimme doch Gewicht hatte, für irgendein fortschrittliches Anliegen ist mir nichts bekannt“.⁵ Doch hebt Broda hervor, dass Schnitzler „die Unsicherheit, Charakter- und Machtlosigkeit der bürgerlichen Politiker, wenn sie zu Amt und Würden kamen“, in seinem „Professor Bernhardt“ trefflich beschrieben habe. Es mag kein Zufall sein, dass Engelbert Broda zu zwei Lyrikerinnen, zu Ina Jun-Broda (1899–1983) und Gitta Holroyd-Reece geb. Deutsch (1924–1998), in enger persönlicher Beziehung gestanden ist. Ina Jun Broda, deren erster Mann und einziger Sohn von der Ustascha ermordet worden sind, machte sich als Übersetzerin zeitgenössischer Lyrik aus Jugoslawien⁶, insbesondere von Liedern jugoslawischer Partisanen einen guten Namen. Gitta Deutsch, die seit 1969 in Wien lebte, hat Broda nach seinem Tod noch schöne, von Erich Fried mit einem Nachwort geschmückte Liebesgedichte⁷ nachgesandt:

*Einzig die Sehnsucht
nach deiner
unmöglichen Rückkehr
ist unverändert
frisch und lebendig
geblieben
in ihrer Unvernunft*

Ende 1981 kam es zu einer persönlichen Zusammenkunft von Broda mit dem deutschen Essayisten, Erzähler und Lyriker Stephan Hermlin (1915–1997). Anstoß dazu war eine Einladung von Hermlin an Broda, datiert vom 20. November 1981, zu einer von ihm ganz persönlich initiierten und von der Akademie der Künste der DDR und der Akademie der Wissenschaften der DDR ausgerichteten Friedensveranstaltung nach Berlin zu kommen⁸:

*Sehr geehrter Herr Professor Broda!
Wie Sie sicher schon erfahren haben,
wird definitiv in der Zeit vom 13. bis 15.
Dezember 1981 in Berlin eine Begegnung stattfinden, die dem Frieden und der Kultur gewidmet ist.*

Die Verfinsterung der militärischen und politischen Situation drängt mich, Ihnen den Vorschlag zu unterbreiten, daß Schriftsteller, Wissenschaftler, Friedensforscher aus beiden deutschen Staaten und Kollegen aus Nachbarländern miteinander über das reden sollten, was

allen, keinesfalls nur Intellektuellen, Sorge bereitet. Ich glaube nicht, daß dieses Miteinanderreden nur den Politikern überlassen, daß auf ihre Bereitschaft gewartet werden sollte.

Diese Begegnung wird nur dem Gespräch, dem Austausch unterschiedlicher, auch kontroverser Meinungen dienen; sie sollte auch nicht ohne Öffentlichkeit stattfinden. Vertreter der Presse und anderer Medien können ihren Verlauf verfolgen. Der Sinn der Veranstaltung liegt nicht darin, zu gemeinsamen Beschlüssen oder Resolutionen zu kommen, vielmehr, wie schon gesagt, im Austausch von Meinungen darüber, wie man Menschenleben und die Kultur der europäischen Völker vor der Vernichtung bewahren kann. Nach meiner Vorstellung werden nicht allzu viele an einer solchen Begegnung teilnehmen – ich denke an 50 bis 70.

Die Akademie der Künste der DDR in Verbindung mit der Akademie der Wissenschaften der DDR fungieren als Gastgeber dieser Begegnung.

Ich lade Sie herzlich ein. Mir wäre viel daran gelegen, sobald wie möglich Ihre Meinung zu meinem Vorschlag zu erfahren. Meine Adresse ersehen Sie aus dem Briefkopf.

In der Anlage finden Sie einige Informationen zur Organisation und zum Verlauf der Tagung.

Mit besten Grüßen

Stephan Hermlin m. p.

Hermlin zählt zu den bedeutendsten Schriftstellern der DDR.⁹ Für seinen Freund Jürgen Kuczynski (1904–1997) war er „doch wohl der größte Prosaist unseres Jahrhunderts“.¹⁰ Kuczynski meinte über Hermlin und sich etwas eitel: „Wir beide gehörten zu den (zwar völlig ungenügenden) schärfsten Kritikern der DDR-Verhältnisse als Genossen der SED. Wir beide waren die Günstlinge Erich Honeckers [1912–1994] innerhalb der Intelligenz“.¹¹ Hermlin hat als junger Kommunist in Berlin gegen die Nazis illegal gearbeitet. 1936 in die Emigration geflüchtet, beteiligte er sich am spanischen Freiheitskampf und wurde 1939 in Frankreich interniert, von wo aus ihm die Flucht in die Schweiz gelang. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland übersiedelte er 1947 von Frankfurt /M. nach Berlin. Für seine Friedensinitiative konnte er sich von Anfang an der Unterstützung des Präsidenten der Akademie der Künste Konrad Wolf (1925–1982) vergewissern, auch höchste Parteistellen gaben ihre Zustimmung.¹² Die DDR hatte ein Interesse an



Engelbert Broda (rechts) auf der „Berliner Begegnung“ im Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Friedensrates und Chemiker Günther Drefahl (Foto: Akademie der Künste, Berlin).

einem breiten Dialog unter den Intellektuellen, wobei sie eigene Zielsetzungen nicht außer acht lassen konnte. Auf Broda war Hermlin durch den naturwissenschaftlich interessierten Berliner Philosophen Herbert Hörz, der selbst und durch Helga Hörz gute persönliche Kontakte nach Wien hatte, aufmerksam gemacht worden.¹³ Vielleicht hat auch Kuczynski den Namen von Broda genannt, in seinen Erinnerungen berichtet er von einem Gespräch mit Hermlin im Vorfeld des Berliner Treffens, an dem „mein alter Freund Broda aus Österreich“ teilnehmen wird.¹⁴ Es sollte sich nicht um eine gesamtdeutsche Veranstaltung halten, weshalb Hermlin Einladungen in mehrere europäische Staaten verschickt hatte. Broda war als ein international hoch angesehener Spezialist der Radiochemie und als ein Wissenschaftler, der in lebendiger, undogmatischer Weise zu allgemeinen Problemen der Zukunftsgestaltung, insbesondere zur Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung im Interesse des Weltfriedens öffentlich Stellung nahm, in der wissenschaftlichen und kulturellen Gemeinschaft der DDR bekannt. Auf Einladung von Kurt Mothes (1900–1983) war er Gastvortragender an dem von diesem geleiteten Akademieinstitut für Biochemie der Pflanzen in Halle, das zu den modernsten eingerichteten Forschungsinstitutionen der DDR zählte. Das Forschungsgebiet von Mothes, der seit 1973 Mitglied der Kurie Wissenschaft des Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst

war, hatte mit dem Einsatz radioaktiver Isotope bei der Aufklärung der Biosynthese zahlreicher Alkaloide unterschiedlichen Strukturtyps viele Berührungspunkte mit jenem von Broda. Broda selbst dürfte sich insbesondere für die Untersuchungen dieses Instituts über das Altern und die Möglichkeiten der Wiederverjüngung von Pflanzenorganen interessiert haben. Gerade in den Tagen als Broda den Brief von Hermlin erhalten hatte, war ihm in einer festlichen Veranstaltung in der Botschaft der DDR in Wien die Zuwahlurkunde zum auswärtigen Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR überreicht worden (18. November 1981).

Obschon Broda eine besondere Verantwortung des Wissenschaftlers für den Frieden, die sich beispielsweise von jener eines Betriebsrates unterscheiden würde, nicht erkennen konnte, maß er wegen der spezifischen Fachkenntnisse und der Stellung des Wissenschaftlers in der Gesellschaft einem solchen Engagement von Wissenschaftlern große Bedeutung bei. Er war deshalb in der Nachfolge von Karl Przibram (1878–1973), Hans Thirring (1888–1976) und Felix Mainx (1900–1983) aktiver Präsident der am 14. Juni 1960 im Physikalischen Institut der Wiener Universität auf Initiative von Thirring als nationaler Zweig der internationalen Pugwash-Konferenzen gegründeten, parteiungebundenen „Vereinigung österreichischer Wissenschaftler (VÖW)“. Im Februar 1969 war die VÖW wegen der Altersbeschwerden

von Thirring, der sie praktisch allein und fast unter Ausschluß interessierter Kollegen geführt hatte, vor dem Aus gestanden. Wilhelm Frank (1916–1999), der davon als Mitglied erfahren hatte, setzte sich mit Broda ins Einvernehmen und es gelang beiden, der VÖW neues Leben zu geben. Am 12. März 1969 hatte Broda der Vereinigung geschrieben: „Obwohl ich mich schon vor Jahren als Mitglied angemeldet habe, wohl auch seinerzeit Beiträge bezahlt habe, ist es mir trotz wiederholten Ersuchens niemals gelungen, die Aussendungen, Mitteilungen oder Einladungen der VÖW zugesandt zu erhalten. Es handelt sich hier um eine interessante Erscheinung, deren Untersuchung vielleicht einmal zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Arbeit gemacht werden könnte.“ Thirring blieb noch eine zeitlang Präsident, um Kontinuität zu signalisieren, 1975 folgte Mainx, 1977 dann Broda. Broda nahm seit 1973 an vielen von der Pugwash Bewegung veranstalteten Konferenzen, Symposien und Workshops teil, im August 1973 an der 23. Konferenz (European Security, Disarmament & Other Problems) in Aulanko (Finnland), im August 1974 an der 24. Konferenz (Disarmament, Energy Problems & International Collaboration) in Baden (Österreich), im August 1976 an der 26. Konferenz (Disarmament, Security & Development) in Mühlhausen (DDR), im August 1977 an der 27. Konferenz (Peace & Security in a Changing World) in München, im September 1978 an der 28. Konferenz (Global Aspects of Disarmament & Security) in Varna (Bulgarien), im Jänner 1980 am Workshop (Nuclear Forces I) in Genf (Schweiz), im August 1980 an der 30. Konferenz (Arms Limitations, Security & Development) in Breukelen (Niederlande), im Oktober 1980 am Workshop (Averting Nuclear War: The Role of The Media I) in Bad Deutsch-Altenburg (Österreich), im Februar 1982 am 39. Symposium (Scientist, the Arms Race and Disarmament) in Ajaccio (Korsika, Frankreich) und im August 1982 an der 32. Konferenz (The Current Danger of Nuclear War: The Relevance of the Russell-Einstein Manifesto Today) in Warschau.¹⁵

Im Frühjahr 1981 (Wien, im März 1981) hatte Broda einen offenen Brief von 330 österreichischen Wissenschaftlern an Bundeskanzler Bruno Kreisky (1911–1990) organisiert, in dem es heißt: „So unvorstellbar schrecklich auch der Atomkrieg wäre, so bahnt sich doch eine neuerliche Aufschaukelung größten Aus-

maßes an. Nicht nur werden die Arsenale weiter gewaltig vergrößert, sondern durch die qualitative Vervielfachung von Waffen aller Art und ihre Lagerung an immer mehr Orten wird auch die Gefahr der tatsächlichen Anwendung immer größer. Schon ein Irrtum eines Menschen oder eines Computers kann den Funken liefern. Dabei betonen verantwortliche Fachleute und Politiker, daß ein ursprünglich begrenzt gedachter Atomkrieg mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem strategischen, unbegrenzten Krieg mit Einsatz der gesamten Arsenale führen würde. Was in der total verwüsteten und radioaktiv verseuchten Welt die Explosionen, Feuerstürme und Strahlungen an menschlichem Leben übrig gelassen haben würden, würden Hunger, Kälte und Krankheiten verzehren.“ Dann appelliert der Brief: „Die Bundesregierung ist gewiß auch bisher für den Weltfrieden eingetreten. Doch erfordert die beunruhigend abgleitende Weltlage neue, kühne Initiativen, die von der ganzen Welt beachtet und dann hoffentlich auch befolgt würden. Angesichts der Lage, die in der menschlichen Geschichte nicht ihresgleichen hat, muß jeder alles in seinen Kräften tun. Als Wissenschaftler halten wir es für unsere primäre Pflicht, unsere Sorgen zum Ausdruck zu bringen und alle Mitbürger auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen. An Sie, Herr Bundeskanzler, appellieren wir, neuartige und drastische Schritte für den Weltfrieden zu unternehmen. Sie werden dabei die Unterstützung aller Österreicher guten Willens haben. Die Welt muß Abkommen der Atomwaffenmächte erreichen, durch die nicht nur weitere Rüstung begrenzt, sondern endlich auch Abrüstung durchgesetzt wird. Gerade neutrale Länder können von einer starken moralischen Position aus wirksam werden.“ Besonders wichtig waren Unterschriften von Auslandsösterreichern wie Chargaff, Karl Popper (1902–1994) oder Victor Weisskopf (1908–2002), mit denen Broda in gutem Kontakt gestanden ist. Popper war kein Mitglied der Vereinigung österreichischer Wissenschaftler, auch nicht von Pugwash, er wurde dazu, wie er an Broda schreibt (15. März 1981) nie aufgefordert. Chargaff merkte zu seiner Unterschrift an (24. März 1981), er sei „ja eigentlich nur ein hinausgeworfener Österreicher“, und Weisskopf schreibt (26. April 1981), er habe die österreichische Staatsbürgerschaft zurück erhalten, bleibe aber auch US-Bürger, er dankt für die ihm von Broda zugesandten Schrif-

ten, die er „immer sehr interessant“ finde, und erzählt eine „wahre Geschichte: Einstein zu Bohr: Gott würfelt nicht! Bohr an Einstein: Du, großer Gläubiger, willst Gott vorschreiben was er tun und lassen soll?“ Broda fand natürlich nicht überall offene Türen und musste manche herbe Absage hinnehmen. Jene von Mainx (18. März 1981) dürfte ihn seltsam berührt haben: „Noch nie hat sich Pugwash konkret an bestimmte Staatsmänner mit einer Aufforderung gewendet. Es ist wohl jedem klar, daß heute irgend eine Aktion der österr. Bundesregierung an der allgemein bekannten, betrüblichen Weltlage nichts ändern würde. So halte ich das ganze nur für einen Versuch des Prestige – Gewinns für den Bundeskanzler, dessen Persönlichkeit ich nicht sehr hoch schätze, Irrtumsmöglichkeit meinerseits ist natürlich nicht auszuschließen.“ Robert Trappl lehnte seine Unterschrift ausdrücklich wegen Kreisky ab (10. März 1981). Er warf ihm vor, „sich in den letzten Jahren in einem so großem Umfang der internationalen Politik zugewandt [zu haben], daß er m. E. Vorgängen in Österreich nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit schenken konnte (z. B. Neubau AKH)“.

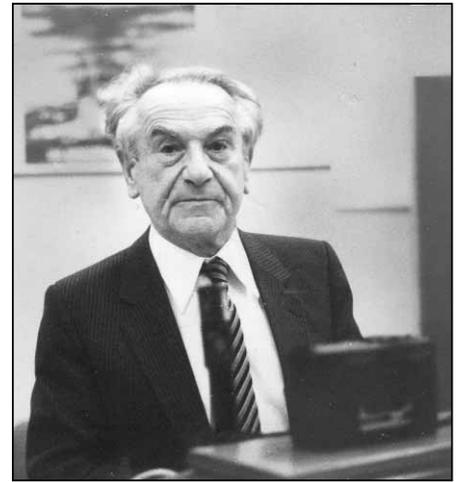
Im Herbst 1981 hatte sich die Weltsituation dramatisch zugespitzt. Die US-Administration des neu gewählten Präsidenten Ronald Reagan (1911–2004) forcierte die Strategie des gewinnbaren Atomkrieges. Die Bundesrepublik Deutschland sollte dabei als Basis für nukleare Mittelstreckenraketen eine Schlüsselrolle spielen. Franz Kardinal König (1905–2004) meinte Ende November 1981 in einem Zeitungsartikel in der gegen die sozialistischen Länder vor allem durch ihr Redaktionsmitglied Paul Lendvai insgesamt hetzenden österreichischen Zeitung *Die Presse*, die Menschheit sei an einen Wendepunkt angelangt, allerdings nicht ohne jene Forderungen an die sozialistischen Länder zu adressieren, die im Einklang mit dem Kreuzzug gegen das „Reich des Bösen“ standen.¹⁶ Am 30. November 1981 begannen in Genf die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen. In Polen, wo die Solidarnosc, mit angeleitet von der römisch-katholischen Kirche und den imperialistischen Kräften, unmittelbar vor der Machtübernahme stand, musste am 13. Dezember 1981 ein „Militärrat der Nationalen Errettung“ den Ausnahmezustand erklären, am 14. Dezember 1981 annektierte Israel im Handstreich den Golan. Der irakisch-iranischer Krieg dauerte an, in Afghanistan

wurden die Spannungen von Seiten der USA und ihrer Verbündeten geschürt, wobei diese Aspekte mit den Fragen der Sicherheit und des Friedens im Raum des Golfs zu sehen sind. Kreisky gab am 18. Dezember 1981 eine Pressekonferenz, in der er die Auffassung vertrat, es würde „die gefährlichste Situation seit dem Zweiten Weltkrieg“ bestehen. Kreisky erkannte darüber hinaus, dass eine Periode sozialdemokratischer Politik zu Ende ging. Eric J. Hobsbawm hat diese Entwicklung einleuchtend beschrieben.¹⁷ Auf diesen Hintergrund waren in Europa starke Antiatomkraft – und Friedensbewegungen mit unterschiedlichem Charakter entstanden, es kam zu Demonstrationen und Kampagnen, die sich gegen die Stationierung von neuen Raketen in Europa richteten. Eine der größten Friedenskundgebungen fand am 21. November 1981 in Amsterdam statt, an der sich 400.000 Menschen beteiligten. Im Falle eines Konfliktes stand zu erwarten, dass beide deutsche Staaten die ersten Opfer sind, was der Grund für die Initiative von Hermlin war. Dabei stützte er sich politisch auf die Schlussakte von Helsinki (1. August 1975), in denen im Korb III über die Zusammenarbeit im humanitären und anderen Bereichen im Interesse des Friedens gehandelt wird.

Broda nahm die Einladung von Hermlin postwendend an. Beide sind in einer spätbürgerlichen Familie aufgewachsen und haben sich in sehr jungen Jahren als Kommunisten im Widerstand gegen den Faschismus geformt. Broda, dem natürlich bewusst war, dass es sich nicht um eine Privatmatinee von Hermlin handeln konnte, maß der Rolle der Literatur im Kampf um den Frieden eine hervorragende Bedeutung bei, ohne dabei auf Grund seiner jahrzehntelangen Erfahrungen diese über zu bewerten. Die Berliner Begegnung zur Friedensförderung wurde von der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die als *Bild-Zeitung* für westdeutsche Intellektuelle gelten darf, misstrauisch beobachtet. Am 7. Dezember 1981 titelt sie mit der Befehlsausgabe von Kanzler Helmut Schmidt an die SPD: „Nicht Anschluß an die Friedensbewegung suchen“. Der Pole Marcel Reich-Ranicki, seit 1973 Leiter der Literaturredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, wusste, was von ihm gegen D-Mark verlangt wurde und intrigierte gegen Hermlin. Fritz J. Raddatz schreibt in der *Zeit* (30. Oktober 1981) anerkennend über den „spektakulären Versuch“ von Hermlin: „Hier hat ein Einzelgänger vorgeführt, was in Deutschland so selten ist:

Zivilcourage“. Die Veranstaltung selbst war natürlich schon in Anbetracht der aktuellen Situation, aber auch wegen des Aufeinandertreffens von Wissenschaftlern und Schriftstellern, ziemlich widersprüchlich. Die „*Protokolle des Schriftstellertreffens am 13./14. Dezember 1981*“ unter dem Titel „*Berliner Begegnung zur Friedensförderung*“ liegen gedruckt vor¹⁸, der Titel weist darauf hin, dass es vor allem ein Treffen von Schriftstellern war. Neben Broda, der der einzige Naturwissenschaftler aus den nichtsozialistischen Ländern war, war Österreich durch Ernst Jandl (1925–2000) und den viel beschäftigten Robert Jungk (1913–1994) vertreten, der Österreicher Erich Fried, der, was Broda sicher gefreut hat, teilgenommen hat, wird als Schriftsteller mit Wohnsitz in London vorgestellt. Von der neutralen Schweiz war Adolf Muschg gekommen, von der BRD unter anderen Bernt Engelman (1921–1994) als Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller. Insgesamt zählte die Veranstaltung 95 Teilnehmer, davon 65 aus der DDR, zehn aus der BRD, zu diesen wurde Heiner Müller (1929–1995) hinzugezählt, und sieben aus West-Berlin, darunter Günter Grass. Einige von Hermlin Eingeladenen konnten aus verschiedenen Gründen nicht kommen, Peter Weiss (1916–1982) telegraphierte: „*Laßt uns alles tun, um diese Bewegung zu stärken, die gegenüber den Machtzwängen der Politiker das Ende der Kriegshetze und sofortige Abrüstung fordern. Dies gilt nicht nur für Atomraketen, sondern auch für die sogenannten konventionellen Waffen. Nach zwei Weltkriegen dieses Jahrhunderts wäre das Hervorrufen auch des konventionellen Krieges ein Verbrechen.*“¹⁹ Robert Havemann (1910–1982), von den bürgerlichen Medien als „DDR-Regimekritiker“ reklamiert, blieb der Begegnung mit der dpa Begründung fern, er könne sich einem Zusammentreffen nicht aufdrängen, „*das unter so dubiosen Bedingungen durchgeführt wird*“.²⁰

Der 1950 in England wegen Weitergabe von Atominformationen an die Sowjetunion verurteilte und seit 1959 in der DDR lebende Theoretische Physiker Klaus Fuchs (1911–1988) und Robert Jungk hielten etwa dreißig Minuten lange Eingangsreferate, an die sich dann nach kleineren Foren die allgemeine Diskussion anschloss. Fuchs, der vor der Machtergreifung der Nazis der Deutschen Kommunistischen Partei beigetreten ist und dann nach England geflohen ist, war in Los Alamos und in Harwell



Engelbert Broda (1910–1983)

zur Auffassung gelangt, dass es für das Überleben der Menschheit notwendig ist, wenn im Kalten Krieg nicht nur die USA das Monopol auf Atomwaffen besitzt. Der altösterreichische Nobelpreisträger Max Perutz (1914–2002) kannte Fuchs, er hat im Sommer 1940 in einem Internierungslager in Quebec eine Lageruniversität eingerichtet, an der sich Fuchs mit Vorträgen aus theoretischer Physik beteiligt hatte. Perutz beschreibt Fuchs als einen großen, nüchternen und zurückhaltenden Mann, der wegen seiner großartigen wissenschaftlichen Arbeit hoch angesehen war.²¹ Fuchs schaute auf den Beginn des Rüstungswettlaufes zurück, auf die Churchill-Truman-Doktrin und argumentierte, mit Zitaten belegt, „daß dieses Prinzip der strategischen Überlegenheit die Ursache war für den Rüstungswettlauf – und leider auch noch heute die Feder ist, die die Rüstungsspirale spannt“. Fuchs bezeichnete es als eine wahnwitzige Illusion amerikanischer Generäle, mit Erstschlagkapazität die Gegenschlagkapazität des Gegners außer Kraft setzen zu wollen: „Erschreckend ist, daß in diesem Zusammenhang im amerikanischen Senat der Hinweis fiel, daß Japan ebenfalls einen Angriff mit Kernwaffen überlebt hat. Wir müssen uns der Tatsache stellen, daß die europäische Zivilisation einen solchen Krieg nach den Vorstellungen führender amerikanischer Staatsmänner nicht überleben kann“. Fuchs betont die Notwendigkeit des Vertrauens, bezeichnet die Friedensbewegung als „eine große Hoffnung“ und analysiert: „Wir haben die feste Überzeugung, daß Frieden und soziale Gerechtigkeit einander bedingen, daß sie untrennbar miteinander verbunden sein müssen und daß ein dauerhafter Frieden ohne soziale Gerechtigkeit nicht möglich ist“. Zum Schluß: „Unsere Aktivitäten für den

Frieden beruhen auf der Überzeugung, daß, wenn wir alle Kräfte anstrengen, der Frieden erhalten werden kann und daß er erhalten werden muß, daß Frieden und Fortschritt in täglicher Arbeit neu erkämpft werden müssen“.

Jungk, der von Hermlin wegen dessen langer Verbundenheit mit der Friedensbewegung um Anfangsworte gebeten worden war, schätzte die Chancen der Kriegsverhinderung höher ein als jene um 1931. Er meinte, dass die Menschen „aufmerksamer“ geworden seien. Jungk war vor allem politischer Journalist, er kritisierte ohne besonderen Anlass die Pugwash-Konferenzen, die mit den Jahren immer einflussloser geworden seien. Die Gründe dafür seien sicher beachtenswerte politisch – ökonomische, vor allem seien die Pugwash-Konferenzen, die eigentlich vertrauliche Aussprachen von Wissenschaftlern unter Ausschluss der Presse waren, in die große Politik integriert worden: „In der Tat, die Anpassung vieler Forscher an die Argumentationsweise der Diplomaten nahm diesen Gesprächen die Frische, die Unmittelbarkeit und die Originalität, die sie anfangs ausgezeichnet hatte.“ Jungk war als Beobachter an der Pugwash-Konferenzen im September 1958 in Kitzbühel (Österreich) (*Dangers of the Atomic Age & what Scientists can do about Them*), im September 1962 in London (*Scientist & World Affairs*), im September 1966 in Sopot (Polen) (*Disarmament & World Security, especially in Europe*) und im September 1967 in Ronneby (Schweden) (*Scientists & World Affairs*) akkreditiert.

Broda war unglücklich darüber, dass Jungk, den er persönlich sympathisch fand, bei seiner Anfangswortmeldung die begrenzten Erfolge der Pugwash-Bewegung separat angesprochen hatte und das *Neue Deutschland* in seiner Berichterstattung (17. Dezember 1981) das auch noch unkommentiert wiedergegeben hatte. Jungk verkannte die Verpflichtung der Pugwash-Bewegung zur strikten Neutralität: „Most of us are not neutral in feeling, but, as human beings, we have to remember that, if the issues between East and West are to be decided in any manner that can give possible satisfaction to anybody, whether Communist or anti-Communist, whether Asian or European or American, whether White or Black, then these issues must not be decided by war. We should wish his to be understood, both in the East and in the West“ – so formuliert eine kleine Festschrift zum 20. Jahrestag der Gründung von Pugwash.²² Jungk hat Erinnerungen ge-

schrieben, die ihm insgesamt nicht besonders geglückt sind. In Bezug auf den ihm persönlich bekannten Klaus Fuchs gibt er Aversionen des Überläufers Heinz Barwich (1911–1966) unkommentiert wieder.²³

Broda meldete sich dreimal zu Wort²⁴, seiner ersten Intervention schickte er eine persönliche Erinnerung voran: „Ich habe vor vierzig Jahren minus zehn Tagen die Arbeit über die Atomenergie begonnen, und in meiner unmittelbaren Nähe haben andere Kollegen versucht, Vorarbeiten für die Konstruktion einer Atombombe zu leisten. Seither ist in mir und in anderen die Entschlossenheit gewachsen, zu verhindern, daß es in Zukunft zu einem Atomkrieg kommen könnte. Durch Jahrzehnte haben wir uns gegen die Möglichkeit eingesetzt. Es war uns immer klar, daß hier der Menschheit eine furchtbare Gefahr gegenübersteht. Aber lange Zeit waren wir der Meinung, daß die Gefahr, so furchtbar sie auch ist, einigermaßen in der Ferne liegt, daß wir noch Zeit haben, Gegenmaßregeln zu ergreifen. Leider können wir das heute nicht mehr sagen, sondern die Frage eines Atomkrieges ist eine Frage der Gegenwart geworden.“ Broda stellte dann die Äußerung von Jungk, sehr zurückhaltend, richtig: „Es ist natürlich richtig, daß uns heute der Wind ins Gesicht bläst und daß die Aufgaben nicht einfach sind. Doch ist die Pugwash-Bewegung nach wie vor ein gemeinsamer Boden, auf dem Wissenschaftler aus den verschiedensten Teilen der Welt einander treffen und wo sie in der Absicht zusammenarbeiten, gemeinsame Lösungen für die großen Probleme zu finden, die unsere Welt bewegen.“ Vor allem argumentiert Broda, soweit das in wenigen Minuten überhaupt möglich war, als exakter Wissenschaftler, was die Explosion einer Atombombe in der Realität überhaupt bedeutet. Zum Abschluss wollte er die Diskussion auf die Notwendigkeit der Vertrauensbildung lenken, wozu er vor allem die Abrüstung meinte. Er meinte aber auch „die verstärkte Pflege jener Gebiete, auf denen die Menschen aus Ländern aller Gesellschaftsordnungen und aller Windrichtungen positiv miteinander zusammenarbeiten können. Es gibt so viele Probleme in der Welt, die sowieso so schwer zu lösen sind und wo die konstruktive Zusammenarbeit der Menschen der verschiedenen Länder erforderlich ist. Denken wir an solche Fragen wie Energieversorgung, Entwicklungshilfe, Umweltschutz, Gesundheitswesen, landwirtschaftliche Produktion. Hier wäre

überall Zusammenarbeit in viel stärkerem Ausmaß notwendig; sie würde gleichzeitig auch Vertrauen bilden.“

Hermlin formulierte unmittelbar nach der Wortmeldung von Broda vier Feststellungen: „Erstens: die Rolle der Gewalt in den politischen Beziehungen hat sich verändert. Zweitens: Es ist ein merkwürdiger Widerspruch entstanden zwischen dem legitimen Recht der Staaten auf Selbstverteidigung zum Schutz ihrer Integrität und Souveränität und nuklearen Defensivmaßnahmen, die von vornherein suizidären Charakter tragen und zur Selbsterstörung führen. Die Debatte über die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dichtbesiedelten Territorien hat diesen Widerspruch deutlich gemacht. Drittens: Der Krieg, der trotz seiner ständig wachsenden Furchtbarkeit bis an die Schwelle unserer Gegenwart einen lebens- und moralschützenden Charakter haben konnte, ich denke vor allem an den Abwehrkampf der Antihitler-Koalition gegen den Faschismus, ist absurd geworden. Er kann nicht mehr, wie bei Clausewitz, ein Instrument zur Durchsetzung eines politischen Willens sein; er muß geächtet werden. Viertens: Eine Verringerung von Atomwaffen, die schließlich zur totalen Abschaffung dieser Waffen führt, wäre ein ungeheurer Erfolg. Er wäre aber nicht ausreichend. Die vorhandenen wissenschaftlichen Möglichkeiten würden einen konventionellen Krieg unweigerlich in einen nuklearen Krieg verwandeln, wenn eine der kriegführenden Parteien auf die Verliererbahn geriete. Die Ächtung des Krieges in jeder Form wird zur entscheidenden Forderung, vor der die Menschheit steht.“ Dann zitiert Hermlin noch ein wenig beachtetes Eigentümliches Dokument von Lenin über die Beseitigung des Militarismus, das, wenn es auch nicht die einzige oder endgültige Meinung von Lenin dazu war, zeige, „daß Lenin auf sehr undogmatische, lebendige, pragmatische und experimentelle Weise über das Problem des Krieges nachgedacht hat“.²⁵ In einem späteren Resümee meint Hermlin, dass die Berliner Begegnung auch ein Beitrag, ein kleiner Beitrag, zu dem gewesen sei, „was Lenin meinte, als er die Menschen aufforderte, das Geheimnis des Krieges zu erforschen“.²⁶

Unglücklich war Broda darüber, dass an einem Nachmittag „das Element der Konfrontation stellenweise zu stark geworden“ sei. Das lag besonders an Günther Grass, der als „Herr der Unken und Schnecken“²⁷ die offizielle sozialdemo-

kratische Position der BRD in Hinsicht auf die Nachrüstung mit der emotionalen Formulierung vertrat, er fühle sich von den sowjetischen Raketen im gleichen Maße wie von den US-amerikanischen bedroht, und irgendwie auf eine Spaltung der Versammlungsteilnehmer orientierte. Die Frage, wer wen bedroht, wurde durch Grass auf simple Weise bei Seite geschoben, weshalb Fried deutlich entgegnete: „*Ich fühle mich durch Atomwaffen und durch das Atomwaffendenken, das hinter ihrer Produktion steht, bedroht, von wo immer sie kommen. Aber ich fühle mich aus verschiedenen Gründen von den amerikanischen Waffen und vom amerikanischen strategischen Denken ungleich mehr bedroht.*“ Fried trug ein Gedicht vor, das er dem US-amerikanischen Jesuiten und Friedensaktivisten Daniel Berrigan widmete:

Die einfache Regel

Es gibt eine einfache Regel

In der gar nicht einfachen Welt

Sie gilt für Nord Süd Ost West

Und sie gilt für heute und morgen

Jede Rüstung für den Atomkrieg

Ganz gleich wo

Ist ein Schlag

Gegen Freiheit und Menschenrechte

Und jeder Schlag

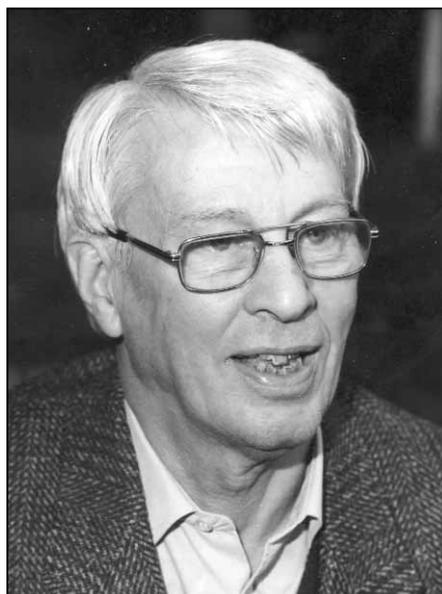
Gegen Freiheit und Menschenrechte

Ganz gleich wo

Ist Rüstung für den Atomkrieg

Christa Wolf hatte in ihrem Beitrag zuletzt die Frage gestellt, wie man denn überhaupt in einer solchen Zeit leben soll und sich in eindrucksvoller Weise geantwortet, „*so, daß die Gesellschaft, in der man lebt, den meisten Nutzen davon hat. Das bedeutet: kritisch. Das heißt, die Gesellschaft, in der man lebt, durch die Kritik, die man an ihr übt, auf das aufmerksam zu machen, was ihr helfen könnte, zu leben und zu überleben.*“ Das wird Broda veranlasst haben, in seinem zweiten Votum Christa Wolf ausdrücklich mit dem Kompliment zuzustimmen. „*Im Verlaufe meiner jahrzehntelangen Studien über Rüstungen und Atomkriege bin ich auf Hunderte von Namen von hervorragenden Technikern, auch Wissenschaftlern gestoßen, die Waffen erfunden, entwickelt, produziert haben. Und nicht ein einziges Mal bin ich dabei auf den Namen einer Frau gestoßen.*“ Zum Schluss gab Broda den Schriftstellern, die ja die weit überwiegende Mehrheit der Versammlungsteilnehmer ausmachten, noch zwei gewissermaßen wissenschaftlich technische Informationen mit auf dem Weg. Die eine betrifft den Umstand, dass durch die

zunehmende Entwicklung der Raketentechnik und ihrer Automatisierung vom Menschen die Entscheidung den nach starren Regeln funktionierenden Computern übertragen wird („Abschuss auf Warnung“), die andere den völligen Mangel an Erkenntnissen, wie technisch



Stephan Hermlin (1915–1997)

eine Abrüstung, wenn die beschlossen ist, überhaupt realisiert werden kann.

Weg und Ziel druckte Anfang Jänner 1982 ein Interview von Stephan Hermlin im Wortlaut ab, das dieser dem stern über seine Friedensinitiative gegeben hatte. Das war für Broda vielleicht Anlaß, Hermlin eine Art Resümee zu schicken (9. Jänner 1982):

Sehr geehrter Herr Hermlin!

Der unmittelbare Anstoß zu diesem Brief ist, dass ich Sie aufmerksam machen will, dass die Wiener kommunistische Monatschrift „Weg und Ziel“ Ihr schönes Interview mit dem „Stern“ abgedruckt hat.²⁸ Ich könnte Ihnen, falls gewünscht, eine Photokopie schicken. Doch wollte ich Ihnen auch schon vorher schreiben.

Zunächst lassen Sie mich Ihnen nochmals herzlich für Ihre wertvolle Initiative und für Ihre Bemühungen danken. Es hat mir leid getan, dass dieser Dank am Ende der Veranstaltung nicht ausdrücklich im Plenum durch einen der Teilnehmer ausgesprochen wurde. Sicher hätten Viele das Bedürfnis gehabt. Ich mache mir einen Vorwurf daraus, dass ich nicht geistesgegenwärtig das Wort ergriffen habe, als sich niemand sonst meldete.

Sie haben sicher viel Mühe und auch Sorgen gehabt. Umso besser ist es, dass Sie hoffentlich das Gefühl haben können, eine wirklich wichtige Handlung

gesetzt zu haben. Sie haben sicherlich einige Steinchen zur Erfüllung der Aufgabe der Erhaltung des Friedens beigetragen. Man darf hoffen, dass weitere Schritte folgen werden.

Die Teilnehmer haben auch jeden Grund, die großzügige Unterbringung und Betreuung durch die Akademien und überhaupt die lebenswürdige Gastfreundschaft sowie auch die klaglose technische Durchführung zu schätzen. Auch war ja die Beteiligung quantitativ und vor allem qualitativ sehr befriedigend, auch aus dem „Westen“.

Erlauben Sie mir nun, sehr geehrter Herr Hermlin einige Worte über den Ablauf der Begegnung. Ich gestatte mir diese Worte umso eher, als ich nun schon seit mehr als einem halben Jahrhundert ununterbrochen in Fragen von öffentlichem und von politischem Interesse aktiv gewesen bin und auf diese Weise manche Erfahrungen gesammelt habe, auch Augenzeuge und Teilnehmer vieler Ereignisse war.

Viele der Beiträge bei der Berliner Begegnung waren qualitativ wertvoll und haben zum gegenseitigen Verständnis mitgeholfen. Jedoch werden Sie mir hoffentlich nicht böse sein, wenn ich dennoch gewisse Bedenken anmelde. Ich würde ja meinen moralischen Verpflichtungen Ihnen und Ihren Freunden gegenüber gar nicht nachkommen, wenn ich mit meinen – nur partiellen – Bedenken hinter dem Berge halten würde.

Ich habe in meinen kurzen Schlussworten die Hoffnung auf mehr Kooperation statt Konfrontation für die Zukunft ausgesprochen. Es gibt doch so überwältigend wichtige gemeinsame Anliegen für gutwillige Menschen in Ost und West – nämlich Entspannung und Verhinderung des Atomkrieges, insbesondere in Mitteleuropa. Es müßte daher doch mit dem Teufel zugehen, wenn eine Annäherung und wenigstens teilweise Einigung nicht zu erzielen wäre. Dieses Bewusstsein war ja gewiss auch die Basis Ihrer Einladung.

Dennoch ist leider immer wieder Aggressivität hervorgebrochen. Vielleicht wäre es möglich gewesen, dies zu verhindern. Sicherlich will ich hier nicht nur dem oder jenen der Teilnehmer die Verantwortung zuschreiben, ja ich will überhaupt keine Namen nennen oder Schuld verteilen. Aber ich meine, dass wir, wenn wir Erfolg unserer Bestrebungen für den Frieden wünschen, Konfrontationen zwischen Menschen guten Willens auf jeden Fall vermeiden müssen. Sonst arbeitet man den Gegnern der Entspannung und

letzten Endes Herrn Reagan in die Hand, der sich dann ins Fäustchen lachen kann.

Man hat mir nach Rückkehr nach Wien hier auch berichtet, wie sehr die entspannungsfeindlichen (Falken-)Massenmedien mit größtem Genuss gerade die schärfsten Auseinandersetzungen hervorgestrichen haben. Ist uns damit genützt? Erlauben Sie mir – ohne dass ich damit sagen will, dass der Vergleich nicht in mancher Hinsicht hinkt – die Erinnerung an die Jahre 1931–1933, die ich als Student in Deutschland verbracht habe, wo Sozialdemokraten und Kommunisten einander als Hauptfeinde angesehen haben und der Nazismus seine Stärke daraus gezogen hat. Könnte es nicht auch so sein, dass das Pentagon mit Freude Konfrontationen zwischen den Intellektuellen beider deutscher Staaten begrüßt? Wie gesagt, ich weiss, dass der Vergleich seine Schwächen hat, aber er sollte doch zu denken geben.

Zu Beginn wurde gemeint, man müsse „offen“ diskutieren. Ja, wer würde in dieser Form etwas dagegen sagen. Wenn dies aber bedeutet, dass man jede Frage, in der derzeit noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, auswalzen soll, so nützt man damit der Sache nicht. Ich meine, dass man (ohne anders als offen zu sein) sich doch auf jene Fragen konzentrieren sollte, in denen man Annäherung und Zusammenarbeit erreichen kann. Wenn einmal das Klima besser ist, werden sich vielleicht auch weitere Fragen lösen lassen.

Ich will diesen Brief nicht abschließen, ohne trotz diesen Bemerkungen, zu denen ich mich gerade als leidenschaftlicher Verfechter der Entspannung verpflichtet fühle, meiner Überzeugung Ausdruck zu geben, dass Ihre Initiative wertvoll war und sicher auch einen Schritt vorwärts bedeutet hat. Daher nochmals vielen Dank an Sie und Ihre Freunde in den Körperschaften der DDR, die sich so energisch und auch mit weitgehendem Erfolg für das Gelingen der Begegnung eingesetzt haben. Mit dem besten Wünschen zum Neuen Jahr Ihr E. Broda

P.S. Aus Anlass der Beisetzung der Urne von Engelbert Broda in einem Ehrengrab der Stadt Wien (Gruppe 33 G, Nr. 70) am 17. November 1983 wurden die Geladenen gebeten, an Stelle von Blumen eine Spende für die Vereinigung Österreichischer Wissenschaftler zu geben. Es kam ein Spendenbetrag von rund öS. 40.000.– zusammen. Der Vorstand der Vereinigung Österreichischer Wissen-

schaftler hatte dann Anfang 1984 die schöne Idee, dieses Geld für eine eigene Stiftung zu verwenden: „Es soll ein ‚Engelbert Broda Preis‘ jedes Jahr ausgeschrieben werden, mit dem Aufsätze von Schülern an den Allgemein bildenden Höheren Schulen und analogen Schultypen über ein mit dem Weltfrieden verknüpftes Thema prämiert werden. Die Vereinigung würde sich in dieser Angelegenheit direkt mit den Direktoren der betreffenden Schulen in Verbindung setzen.“ Um den kleinen Zinsertrag dieses Stiftungskapital zu erhöhen stellte die Vereinigung Österreichischer Wissenschaftler Ansuchen um Unterstützung an verschiedene Stellen. Helmut Zilk bewilligte als Bundesminister für Unterricht und Kunst einen Grundbeitrag von öS 20.000.–, das Präsidium des ÖGB stellte einen Betrag von öS. 10.000.– zur Verfügung. Beim amtierenden Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Heinz Fischer, der bei der Trauerfeier für Engelbert Broda Abschiedsworte gesprochen hatte, intervenierte am 22. März 1984 Christian Broda. Eine Reaktion darauf ist nicht überliefert.

Zur Einrichtung des „Engelbert-Broda-Preises“ ist es nicht gekommen. Das kann manche Interpretation zulassen, da im Nachlass von Christian Broda dazu vorerst keine weiteren Nachrichten zu finden sind. Die Vereinigung Österreichischer Wissenschaftler selbst verlor später jene Kraft und Engagiertheit im Kampf um Abrüstung und Frieden, wie sie ihr durch die außergewöhnliche Persönlichkeit von Engelbert Broda innewohnt hat.

Anmerkungen:

- 1/ Über die seiner geglückten Flucht vorausgegangen Wochen Erich Fried: Mein Heldenzeitalter. Hg. von Klaus Wagenbach. Rororo TB 2005, 48–66.
- 2/ Erwin Chargaff: Das Feuer des Heraklit. Skizzen aus einem Leben vor der Natur. Frankfurt a. M. 1989, 32f.
- 3/ Das Feuer des Heraklit, 29.
- 4/ Naturwissenschaftliche Leistungen im gesellschaftlichen Zusammenhang. In: Engelbert Broda, Wissenschaft – Verantwortung – Frieden. Ausgewählte Schriften. Hg. von Paul Broda/Gitta Deutsch/Peter Markl/Thomas Schönfeld/Helmuth Springer-Lederer. Wien 1985, 184–200; auch Engelbert Broda (1910–1983). Wissenschaft und Gesellschaft. Hg. von der Zentralbibliothek für Physik in Wien 1993.
- 5/ Warum war es in Österreich um die Naturwissenschaft so schlecht bestellt? Wie Anm. 4, 162–183, hier 180.
- 6/ Beschwingter Stein. Gedichte zeitgenössi-

scher Dichter aus Jugoslawien. Gesammelt und nachgedichtet von Ina Jun Broda. Wien/München 1976.

7/ Gitta Deutsch. An einem Tag im Februar. Gedichte. Salzburger Edition, Band 9. Neumarkt a. Wallersee.

8/ Die folgenden, nicht näher ausgewiesenen Dokumente erliegen in der Zentralbibliothek für Physik (Wien), Nachlass Engelbert Broda. HR Dr. W. Kerber besten Dank!

9/ Allgemein dazu Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000. Leipzig 2001.

10/ Jürgen Kuczynski: „Ein linientreuer Dissident“. Memoiren 1945–1989. Berlin und Weimar 1992, 430.

11/ Jürgen Kuczynski: Freunde und gute Bekannte. Gespräche mit Thomas Grimm. Berlin 1997, 216.

12/ Dazu Matthias Braun: Stephan Hermlins Traum. Die „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“ im Dezember 1981. *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinte Deutschland* 1/2007, 86–96.

13/ Herbert Hörz: Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines Philosophen vor, in und nach der DDR. Berlin 2005, 160.

14/ Kuczynski, Memoiren 1945–1989, 330.

15/ Pugwash Newsletter. July 1997, Volume 34, No. 2: J. Rotblat, The Eighth Pugwash Quinquennium 1992–1997. Fifth Supplement to the History of the Pugwash Conferences. Dazu Reiner Braun/Robert Hinde/David Krieger/Harold Kroto and Sally Milne (Eds.): Joseph Rotblat: Visionary for Peace. Weinheim 2007.

16/ *Die Presse* vom 28./29.11.1981.

17/ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. München / Wien 1995, bes. 312f.

18/ Der vollständige Text aller Beiträge aus Ost und West. Darmstadt und Neuwied, Luchterhand 1982. Die folgenden Zitate sind dort leicht zu finden.

19/ Berliner Begegnung, 9.

20/ Zitiert von Hermlin. Berliner Begegnung, 86. Auch *FAZ* 14.12.1981.

21/ Max Perutz: Ich hätte Sie schon früher ärgern sollen. Aufsätze über Wissenschaft, Wissenschaftler und die Menschheit. Purkersdorf 1999, 65.

22/ The Pugwash Movement at twenty one. Hampshire 1978, 12.

23/ Robert Jungk: Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft. München–Wien 1993, 358.

24/ Berliner Begegnung 34–37, 161f. und 165f.

25/ „Aus Anlaß der Berliner Begegnung“ ist wiederabgedruckt in: Stephan Hermlin. Äußerungen 1944–1982. Berlin/Weimar 1983, 431f. und in: Stephan Hermlin: In den Kämpfen dieser Zeit. Berlin 1995, 41f.

26/ *Neues Deutschland* vom 17.12.1981.

27/ Andrea Köhler: Ich habe geglaubt. Günter Grass in New York. *NZZ* vom 30.6.2007.

28/ *Weg und Ziel* 1982, 35f.

Karl Liebknecht und Leopold Winarsky 1907

Antimilitaristischer und antiimperialistischer Kampf in Österreich

PETER GOLLER

Vor genau hundert Jahren wurde Karl Liebknecht im Oktober 1907 wegen seines Kampfs gegen den (deutschen) Imperialismus und Militarismus zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt. Auch innerhalb der von rechten reformistischen Kräften dominierten SPD wurde Karl Liebknecht angefeindet.¹

Wenige Wochen zuvor hatte Karl Liebknecht gemeinsam mit dem österreichischen Genossen Leopold Winarsky, u.a. im August 1907 in Stuttgart die „Sozialistische Jugendinternationale“ mit Büro in Wien gegründet. Liebknecht hielt das Hauptreferat „Jugend im Kampf gegen den Militarismus“.² Die Wiener jungsozialistische Zeitschrift *Der Jugendliche Arbeiter* schrieb in der Oktobernummer 1907: „Für Österreich berichtete Genosse Winarsky und wies auf die bedeutende Aufklärungs- und Agitationsarbeit, die von der österreichischen Jugendorganisation geleistet wurde, und auf den Eifer, mit dem die jugendlichen Arbeiter Österreichs sich seit jeher an jeder großen Aktion des österreichischen Proletariats beteiligt hatten, hin.“ Der Verbandsvorstand der jungsozialistischen Arbeiter Österreichs sandte am 14. Oktober 1907 an den verurteilten Liebknecht ein Solidaritätstelegramm: „Dem opfermutigen Kämpfer gegen den völkermordenden Militarismus sendet Kundgebung seiner herzlichen Sympathie Verband der jugendlichen Österreichs.“

Leopold Winarsky (1873–1915)³, von den bürgerlichen Kreisen wegen seines Einsatzes gegen die Lehrlingsausbeutung als „Lehrbubenverhetzer“ diffamiert, führte den Kampf gegen den habsburgischen (Balkan-)Imperialismus, gegen den die Massen unterdrückenden und materiell aussaugenden österreichisch-ungarischen Rüstungs-Militarismus (Stichwort: „Teuerung“) nicht zuletzt mit Karl Liebknechts im Frühjahr 1907 veröffentlichtem Buch „Militarismus und Antimilitarismus“.⁴ Wie Liebknecht wusste Winarsky, dass der Militarismus vor allem die nach innen gerichtete Staatsstreich-Waffe der Reaktion gegen die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse ist. Liebknecht formulierte einleitend zu „Militarismus und Antimilitarismus“ unter Anknüpfung an ein den Armeeeinsatz gegen die Sozial-

demokratie verlangendes Bismarck-Zitat die zentrale These: „Die sozialdemokratische Frage – soweit sie eine politische Frage ist – ist am letzten Ende eine militärische. Das solle auch der Sozialdemokratie stets als Menetekel vor Augen schweben und als ein taktisches Prinzip ersten Grades gelten.“ Winarsky übernahm Liebknechts Auffassung, wonach Imperialismus und Militarismus kein Zufall, sondern notwendiger Ausdruck einer kapitalistischen Ausbeutungslogik sind.

Winarskys im Oktober 1908 im *Jugendlichen Arbeiter* veröffentlichter – hier beiliegend im Auszug wieder abgedruckter – Artikel „Die Jugend und der Militarismus“ erinnert an Karl Liebknechts Artikel „Rekrutenabschied“ vom September 1906 mit der Klage über barbarische Soldatenquälereien, mit der Warnung an die jungen Arbeiterrekruten: „Man wird euch zu Streikbrecherdiensten abkommandieren. (...) Der innere Feind, das sind eure Väter, Mütter, Brüder, Schwestern und Freunde, das ist das gesamte Proletariat (...). Zu ‚Hofhunden des Kapitals‘, ihres Feindes werden die Proletarier [vom herrschenden Militarismus – Anm.] degradiert, wenn man sie gegen den inneren Feind mobilisiert.“⁵

Winarsky, der im Gegensatz zu „Austromarxisten“ wie Otto Bauer oder Max Adler den kapitulantenhaften „Burgfriedenskurs“ der Viktor Adlerschen Sozialdemokratie 1914 bekämpfen sollte, sammelte in seiner Bibliothek die ganze „linksradikale“ antimilitaristische Literatur mit all ihren nur zu berechtigten Warnungen, wonach die sozialdemokratischen Parteien der „II. Internationale“ – entgegen allen antimilitaristischen Kongress-Losungen – sich zunehmend defensiv opportunistisch der chauvinistischen Kriegsagitation ergeben (werden). In der von den NS-Faschisten zerstörten, in wenigen Restpositionen in der Wiener Arbeiterkammer verwahrten „Winarsky-Bibliothek“ findet sich etwa noch Karl Radeks „Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse“ (1912). Es ist kein Zufall, dass die österreichische linke radikale Opposition 1914/15 ein Flugblatt mit der Erklärung Karl Liebknechts gegen die Billigung der „Kriegskredite“ durch die deutsche Sozialdemokratie verteilte.

Im *Kampf*, dem im Oktober 1907 von Otto Bauer, Adolf Braun und Karl Renner gegründeten maßgeblichen theoretischen Organ der Sozialdemokratie,⁶ fand das antimilitaristische Wirken der deutschen „Linksradikalen“ um Liebknecht, Luxemburg so gut wie kein Echo.⁷

Die vereinzelt auf den letzten SDAP-Parteitag vor 1914 auftretenden linken Oppositionellen wurden von Bauer im *Kampf* mehr oder weniger als Illusionisten abqualifiziert. Die Flügelkämpfe zwischen offenen Revisionisten und linker radikaler Opposition stellte er als sich langfristig harmonisch im Rahmen der „Parteiinheit“ auflösende Differenz dar, so notiert etwa Bauer im September 1910 unter Erwähnung von Leopold Winarsky: „So scheidet der Gegensatz zwischen dem Marxismus und dem Revisionismus alle sozialdemokratischen Parteien der Erde. Auch wir haben unsere ‚Radikalen‘ und unsere Revisionisten: In unserer deutschen Partei unsere Hueber, Beer, Winarsky, Strasser, die Wiener Marxisten auf der einen, die Pernerstorfer und Leuthner auf der anderen Seite. Nicht anders die Tschechen.“⁸

Im Juni 1912 griff Bauer im *Kampf* Josef Strasser (1870–1935) als Exponenten der „Reichenberger Linken“ an, nachdem dieser ein im Geist des Internationalismus und Anti-Opportunismus verfasstes Büchlein „Der Arbeiter und die Nation“ veröffentlicht hatte. Strasser hatte festgestellt, dass auch in der österreichischen Partei ein revisionistischer „Rückfall in bürgerliche Anschauungen“ zu beobachten ist. Strasser war – wie der 1915 früh verstorbene Winarsky – schon im August 1914 linker Kriegsgegner, Vorstandsmitglied des parteioppositionellen Vereins „Karl Marx“, dann später Anhänger der „Zimmerwalder Linken“, ehe er 1919 der KPÖ beitreten sollte. Dass dem „linken Zentrum“ zugerechnete „Austromarxisten“ wie Bauer den „Burgfriedenskurs“ der Partei mittragen würden, ahnte ein Strasser wohl früh.⁹

Bauer selbst kommentierte Strassers Auftreten 1912 lakonisch als Bildung einer „äußersten Linken“ als Pendelschlag zum Reformismus, so sei auf den französischen Millerandismus eben vorübergehend der radikale Syndikalismus gefolgt, eine Entwicklung in der

europäischen Arbeiterbewegung, die – so Bauers frühe, lebenslange Illusion – von einem „marxistischen Zentrum“ ausgleichend aufgefangen werden könnte: „Die Absage Rosa Luxemburgs an die ‚Neue Zeit‘, die Kritik der ‚Leipziger Volkszeitung‘ an dem Verhalten des Parteivorstandes während der Marokkokrise, die Spaltung der Radikalen auf dem letzten Parteitag, die Opposition gegen das Stichwahlübereinkommen bei der letzten Reichstagswahl, schließlich der jüngste Konflikt Mehrings mit Bebel und Kautsky sind Anzeichen dieser Entwicklung. Rangen bisher zwei Richtungen, Radikalismus und Revisionismus, um die Macht in der Partei, so scheint die Entwicklung jetzt zur Dreiteilung zu treiben: radikale Linke, marxistisches Zentrum, revisionistische Rechte. Diese Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung wird auch uns nicht erspart bleiben. Auch hier scheint sich jetzt [mit Josef Strasser, u.a. – Anm.] eine äußerste Linke zu bilden, die der Richtung Mehring-Luxemburg-‚Leipziger Volkszeitung‘ nahe steht.“ Die Notwendigkeit einer organisierten antiimperialistischen Politik erkannte der in der Partei etablierte Otto Bauer schon 1912 nicht.¹⁰

Ein erster Angriff auf Liebknechts „Militarismus und Antimilitarismus“ kam – von der Figur eines Gustav Noske abgesehen – vom rechten Flügel der österreichischen sozialdemokratischen Partei. Karl Leuthner, ein Arbeiterzeitungs-Redakteur, ein Anhänger eines – während des Weltkriegs 1916/17 von Karl Renner „verfeinerten“ – „Volksimperialismus“, wonach die militärische Expansion der Arbeiterschaft dienen kann, griff Liebknecht im Februar 1907 an.

Liebknecht replizierte dem „Scherzartikel unseres schwarzgelben Freundes“ Leuthner am 25. März 1907 im *Vorwärts*: „So hat man sich denn einen österreichischen Genossen verschrieben, der nun gleich zwei (nicht, wie das tapfere Schneiderlein, sieben) auf einmal totzuschlagen sich eifrig bemüht: meine Wenigkeit und den verwünschten ‚orthodoxen Marxismus‘. Sein Plänlein geht dahin, meinen Antimilitarismus dem ‚Parteipfaffentum‘ als Mühlstein um den Hals zu hängen, um es nun endlich einmal gründlich zu ersäufen.“¹¹

Wenn Liebknecht den Militarismus nach innen mit all seinen Techniken, wie die Dislozierung von aus der Arbeiterschaft rekrutierten Truppenteilen oder die Bildung von Sondereinheiten für den Streikbrechereinsatz, beschrieb,

konnte er auch auf österreichische Beispiele zurückgreifen.

Liebknecht zitiert 1907 als Exempel für den internationalen, gegen den Sozialismus und gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Militarismus auch ein öster-



Leopold Winarsky (1873–1915)

reichisches Muster: „Gar schön gelobte im April 1894 der Wiener Korpskommandant Schönfeldt auf einem Bankett tafelder Bourgeois: Sie können versichert sein, dass auch Sie uns hinter Ihrer Front finden werden, wenn die Existenz der Gesellschaft, der Genuss des sauer erworbenen Besitzes bedroht sind.“

Liebknecht dokumentierte – mitten in die chauvinistische Kriegs- und Aufrüstungshysterie der so genannten „Hottentottenwahlen“ 1906/07 hinein – weltweit die militaristische Repression gegen die Streikkämpfe der Arbeiterklasse, den Einsatz militärischer Truppenkörper im Fall des Versagens konventioneller Polizei- und Klassenjustizkräfte, den Militarismus als Faktor kapitalistischer Klassenunterdrückung gegen die sozialistische Wahlrechtsbewegung, aber auch gegen lokale Lohnkämpfe. Liebknecht nennt nicht nur militärische Streikbruchaktionen in der ungarischen „Reichshälfte“, sondern auch besonders brutale „Husareneinsätze“ gegen galizische Landarbeiter, Lemberger Maurer oder gegen den Triester Generalstreik von 1902: „Die häufigen Arbeitermetzeleien besonders in Galizien (hier sei nur das im Jahre 1902 in Burowicki und in Ubinie bei Kamionka vergossene Feldarbeiterblut erwähnt) sind in aller Erinnerung, ebenso die blutigen Vorgänge von Falkenau, Nürschan und Ostrau, die freilich auf das Konto der Gendarmerie fallen, dieser besonders der Aufrechterhal-

tung der inneren Ordnung gewidmeten und halb dem Kommando der Militärbehörden, halb dem der bürgerlichen Verwaltungsbehörden, aber einer rein militärischen Disziplin unterworfenen Spezialtruppe. Beim Triester Generalstreik vom Februar 1902 kam es gleichfalls zu Zusammenstößen mit der Armee, zehn Personen wurden teils getötet, teils verwundet. Auch die Vorgänge in Lemberg im Jahre 1902 bei dem Maurerstreik und bei den sich an diesen Streik anschließenden politischen Demonstrationen, bei denen Husaren in die Menge ritten und schossen und fünf Personen töteten, verdienen Erwähnung.“¹²

In einem Überblick über die weltweite antimilitaristische Agitation lobte Karl Liebknecht, der eine sinnlose „Kasernenagitation“ und die Einzelmilitärdienstverweigerung ablehnte, sowie mit Blick auf den Umstand, dass im Moment der nationalen Kriegshysterie die Arbeiterklasse mehr denn je entwaffnet und demoralisiert ist, vor anarchistischen Generalstreikillusionen „aus dem blauen Nichts“ warnte, den von Winarsky geförderten Wiener „Jugendlichen Arbeiter“: „Ein Blick in die vorliegenden Bände dieser sehr flott redigierten Zeitung zeigt, dass sie den besonderen Kampf gegen den Militarismus unter der Jugendgeschichte zu führen versteht.“¹³

Die Sonderrolle des österreichischen Imperialismus wird von Liebknecht auch 1917/18 in der Militärhaft in Luckau unter maximal erschwerten Bedingungen beobachtet.

Der österreichische Imperialismus wird sich auch durch die Ausbeutung der ukrainischen „Ostgebiete“, den „ukrainischen Raub“, nicht retten können. Der deutsche Imperialismus bedroht ein aus der „Kriegsachse“ ausbrechendes Österreich mit militärischer Okkupation, so notiert Liebknecht Mitte 1918 die Habsburgermonarchie als Appendix des deutschen Machtpläne darstellend: „Deutschl. Imper. auf Gelegenheit zur Intervention lauernd? Ach, sie sind längst bei der Intervention – nur in besondrer Form. Vgl. auch die intrigante Verbindung (Durchstechereien) mit Deutsch-Böhmen: ‚Wirtschaftsgemeinschaft‘: Deutsche Nahrungsmittellieferung als Bestechung – zur Anwerbung Druck gegen Doppelmonarchie – Intervention eigener (besondrer) Art.“ Gleichzeitig entwickelt der Habsburgermilitarismus im Zeichen von Brest-Litowsk noch einmal eigene neue imperialistische Balkankonzepte.

Der drohende deutsche intervenierende Imperialismus wurde dann von Otto Bau-

er – so 1923 in seiner „Österreichischen Revolution“ zu einem apologetischen Argument wider die Möglichkeit einer österreichischen Räterepublik 1918/19, vor allem aber für die angebliche Unmöglichkeit, konkret den „Jännerstreik“ 1918 zum politischen Massenstreik (zur raschen Kriegsbeendigung) weiterführen zu können, herangezogen.

Liebknecht setzte im Jänner/Feber 1918 im Zuchthaus Luckau – von der Kriegszensur fast völlig abgeschnitten – große Hoffnungen auf die österreichischen „Jännerstreiks“ und verdächtigte den Parteivorstand – vor allem Karl Renner – der Kollaboration mit der Regierung. Optimistisch notierte Liebknecht anfangs in unmittelbarer Reaktion auf die Streiks in (militärischen) Schlüsselindustrien in Wien und Umgebung besonders mit Blick auf die Fanalwirkung in Richtung der deutschen Arbeiterklasse: „Österr. Streiks. Ca. 18./19. ff. Januar 18: Bei Kürzung der Mehrlohn begonnen. Sofort polit. Charakter: u. polit. Erfolge (wenn auch materiell Schwindel, so doch der Form nach, prinzipiell: Konzessionen erzwungen. Also: Massenstreiks als polit. Zwangsmittel prinzipiell durchgesetzt!). Muss das nicht hinreichend Wirkung auf deutschen Arbeiter üben.“

Zwischendurch hoffte Liebknecht auf die junge österreichische Linksopposition, deren fehlende Organisiertheit, Disziplin und mangelnde Distanziertheit von der SDAP-Zentrale Liebknecht aber verständlicherweise aus der isolierten Ferne nicht erkennen konnte: „Die jugendl. Arbeiter weit radikaler als der Parteivorstand! (Adler, Renner, Seitz).“

Der rasche Abbruch der revolutionären „Jännerstreiks“ durch den rechten Wiener Parteivorstand beunruhigte Liebknecht in einer im Februar 1918 angefertigten Notiz besonders wegen der dahinterstehenden „sozialpazifistischen“ Haltung: „„Auffangen der Streiks“ – die von Maximalisten angezettelt seien – durch die offizielle Partei in Österreich (u.zw. in friedlicher Absicht gegen Regierung!) = Verhinderung (Verbarrikadierung, Verbauung der revol. Entwicklung).“¹⁴

Die gegenwärtige Zurückdrängung der Arbeiterrechte (u.v.a.m. „Achtstundentag“!), die sukzessive Preisgabe der österreichischen Neutralität, die von der SPÖ mitgetragene Einbindung Österreichs in Konzepte des europäischen Rüstungskapitals, eines EU-Imperialismus lassen den sozialrevolutionären Kampf eines Karl Liebknecht oder eines Leopold Winarsky aktuell scheinen: Karl

Liebknechts 1913/14 geführter literarisch politischer Kampf gegen Krupp in Deutschland, gegen Skoda in Österreich, gegen deren Verbindungen zu englischen oder französischen Rüstungskonzernen, also gegen die „Internationale des Rüstungskapital“, gegen die im Schein „patriotischer“, jetzt eben „europäischer Ideale“ auftretende Rüstungskorruption ist eine Lektüre von heute.¹⁵

Anmerkungen:

1/ Vgl. Nick Brauns: Wer die Jugend hat, hat die Armee. Vor hundert Jahren erschien Karl Liebknachts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“, in: *Junge Welt* vom 26. März 2007 – Generell Heinz Wohlgenuth: Karl Liebknacht. Eine Biographie, Berlin 1973.

2/ Karl Liebknacht: Jugend im Kampf gegen den Militarismus. Bericht über die Rede auf der Ersten Internationalen Konferenz der Sozialistischen Jugendorganisationen in Stuttgart am 26. August 1907, in derselbe: *Gesammelte Reden und Schriften II*, Berlin 1960, 43–63, u.a. 56 mit einem Hinweis auf den „blutigen militärischen Terrorismus bei den jüngsten Wahlen in Österreich-Galizien“, – auch 44 mit Liebknachts Hinweis, dass der Versuch der Habsburgerkaste, die „zentripetale Kraft des Proletariats“ im Wahlrechtskampf gegen die „zentrifugalen Kräfte der nationalen Gegensätze“ auszuspielen, „in den Köpfen mancher österreichischen Parteigenossen eine gewisse Verwirrung über das Wesen des Staates und des Militarismus“, also über deren Klassencharakter, hervorgerufen hat.

3/ Vgl. Madeleine Wolensky – Josef Vass: „Er ist gekommen als ein schwärmerischer Idealist“. Leopold Winarsky (1873–1915). Sozialdemokrat und Bücherfreund, hrg. von der Arbeiterkammer Wien, Wien 1990 – mit Hinweis auf Radeks „Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse“: 33, 93.

4/ Vgl. zu K. Liebknacht/L. Winarsky auch Wolfgang Neugebauer: Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich, Wien 1975, 45f., 73f., 83–88.

5/ Vgl. Karl Liebknacht: Rekrutenabschied (in „Die Junge Garde“ vom 22. September 1906), in derselbe: *Gesammelte Reden und Schriften I*, Berlin 1958, 183–189.

6/ Winarsky veröffentlichte im „Kampf“ anfangs selbst einige Artikel, so schon im Gründungsheft vom Oktober 1907 – Leopold Winarsky: Das neue Parteistatut, in: *Der Kampf* 1 (1907/08), 14–16. – Leopold Winarsky: Die Bildungsbestrebungen der organisierten Wiener Arbeiterschaft, in: *Der Kampf* 2 (1908/09), 110–114 oder Leopold Winarsky: Niederösterreichische Organisationsprobleme, in: *Der Kampf* 2 (1908/09), 251–255.

7/ So gerät Max Adlers im *Kampf* 1919 veröffentlichter Nachruf auf Luxemburg und Lieb-

knecht zu einem dubiosen Psychogramm über zwei „Martyrer“, die sich aus mehr oder weniger irrationalen Motiven noch zur KPD-Gründung hinreißen hätten lassen. – Vgl. Max Adler: Karl Liebknacht und Rosa Luxemburg, in: *Der Kampf* 12 (1919), 74–86.

8/ Otto Bauer: Kopenhagen, in: *Der Kampf* 3 (1. September 1910), 529–536, hier 533.

9/ Vgl. Isa Strasser: Josef Strasser – ein Lebensbild, jetzt in Josef Strasser: *Der Arbeiter und die Nation*. Anhang: *Schriften zum Austromarxismus*, Wien 1982, 103–110.

10/ Vgl. gegen Strasser Otto Bauer: *Der Arbeiter und die Nation*, in: *Der Kampf* 5 (Juni 1912), 401–406. Bauers Auftreten gegen die linke Opposition Ende 1913 findet sich in den entsprechenden *Kampf*-Ausgaben.

11/ Karl Liebknacht: Der unbequeme Antimilitarismus. Zuschrift an den ‚Vorwärts‘ (25. März 1907), in derselbe: *Gesammelte Reden und Schriften II*, Berlin 1960, 11f.

12/ Zur Kommentierung dieser Liebknacht-Stelle und zu weiteren Militäreinsätzen gegen streikende (Berg-)Arbeiter vgl. Julius Deutsch: *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung*, Wien 1908, 245ff. und 267–269 bzw. überarbeitet Julius Deutsch: *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung I*. Von den Anfängen bis zur Zeit des Weltkrieges, Wien 1929, 368–374, 396ff.

13/ Karl Liebknacht: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung (Leipzig 1907), in derselbe: *Gesammelte Reden und Schriften I*, Berlin 1958, 247–456, hier 250, 325f., 333, 395.

14/ Vgl. Karl Liebknacht: *Mitteilungen, Briefe und Notizen aus dem Zuchthaus Luckau 1916–1918*, in derselbe: *Gesammelte Reden und Schriften IX*, Berlin 1971, 413–418, 525f., 528f.

15/ Vgl. u.a. Karl Liebknacht: *Die Internationale der Rüstungsindustrie*, in derselbe: *Gesammelte Reden und Schriften VII*, Berlin 1971, 3–33.

Aus: Leopold Winarsky, Die Jugend und der Militarismus, in: *Der Jugendliche Arbeiter* 7 (Nr. 10, Oktober 1908)

[...] Denn was ist eigentlich der Militarismus? Das wichtigste Machtmittel der herrschenden Kapitalistenklasse gegenüber den ausgebeuteten arbeitenden Volksmassen. Zwei große Zwecke hat er vornehmlich zu erfüllen. Zuerst ist er die eiserne Wehr der Kapitalisten gegen die Unzufriedenheit der Arbeiter. Wenn die Empörung und die Not arbeitende Menschen so aufreizt, daß sie ihnen unerträglich erscheinen, wenn sie in ihrer Verzweiflung keinen anderen Ausweg finden, um ihrer Not Abhilfe zu schaffen, als den Appell an die Gewalt, dann sind es nicht die Kapitalisten selbst, die

den Ansturm abwehren, sondern die Maschinerie des Militarismus setzt sich in Bewegung gegen den sogenannten ‚inneren Feind‘. Im Namen der Ruhe und Ordnung werden Bluttaten ohne Zahl begangen und dank der militaristischen Organisation verfügen die Kapitalisten gegen die Unzufriedenheit des arbeitenden Volkes über die Kraft des stärksten Teiles dieses arbeitenden Volkes selbst. Die Proletarier im Waffenrock sind ein unüberwindliches Bollwerk vor den Palästen der Reichen und der Militarismus ist die wachsamste Schildwache vor ihren eisernen Kassen. So stehen Proletarier gegen Proletarier und die unbewaffneten Massen erliegen vor der Gewalt ihrer mißbrauchten uniformierten Brüder. Das Wort Kaiser Wilhelm II. wird zur Wahrheit: Die Soldaten schießen auf Kommando auf ihre eigenen Väter und Geschwister.

Oft hat die neuere Geschichte dieses blutige Schauspiel schon gesehen und in lebendiger Erinnerung stehen in un-

seren Herzen unauslöschlich eingeschrieben die letzten furchtbaren Schandtaten des Militarismus, die Füsilladen von Petersburg und das revolutionäre Schlachtfeld von Moskau.

Auch Oesterreich hat genug Erinnerungen dieser Art aufzuweisen ...

Ist der Militarismus so unübertrefflich wertvoll für die Kapitalistenklasse im Innern des Staates, so ist er nicht minder wertvoll für sie für die Behauptung ihrer Position nach außen in den Konkurrenzkämpfen mit den Kapitalistengruppen anderer Staaten. Was Patriotismus, was Vaterland! Nicht um der Menschheit große Gegenstände, nicht um Recht und Freiheit, sondern um Absatzmärkte und Profit wird zwischen den Staaten gestritten.

Und wenn der Proletarier in den Krieg zieht und sein Leben, sein Blut und Gut auf den Altären des Vaterlandes zu opfern meint, so opfert er in Wahrheit auf dem Altar des Götzen Kapital und er gibt sein Leben hin, um den Profit und die Profitaussichten seiner heimischen Kapi-

talistenklasse, das heißt seiner Bedrücker und Ausbeuter zu steigern.

Nach innen und außen ist so der Militarismus das unentbehrlichste Hilfsmittel der herrschenden Klassen. Er ist ihr Werkzeug und ihre Waffe zugleich.

So geht auch Ihr, junge Männer der Arbeit, Novizen des Militarismus, zu keinem anderen Zwecke in die Kasernen. Auch Ihr werdet eingereicht in die Kaders, um die Macht Eurer natürlichen Feinde zu stärken. Und ihr müßt diesem Machtgebot folgen. Es wäre Wahnsinn, Euch zu sagen, Ihr sollt Euch auflehnen gegen diese blutige Maschine, denn der einzelne, der dies wagte, würde erbarungslos von ihr vernichtet werden und keine Macht könnte ihm helfen. Nein, junge Kameraden, Ihr sollt Euch nicht auflehnen und opfern als einzelne, sondern folgt dem Befehl und geht in die Kasernen. Geht aber nicht hinein, um Euch die Hirne verkleistern zu lassen mit patriotischem Stumpfsinn. Vergeßt auch in der Kaserne nicht daran, daß Ihr Proletarier seid, Brüder derer, die draußen um Brot und Freiheit kämpfen. Bewahrt Euch Euer proletarisches Bewußtsein auch im Waffenrock und seid in der Kaserne nicht nur um zu dienen, sondern um auch das System und seine Schwächen kennen zu lernen, von dessen Ueberwindung die Befreiung Eurer Klasse abhängig ist.

Versteht zu schweigen, auch dort, wo Euch Euer Gefühl zur Auflehnung treiben würde, aber denkt desto mehr. So werden auch die Jahre in der Kaserne Lehrjahre für Euch sein, die im späteren Leben Nutzen bringen können.

Wir sind gewiß, daß dieser Abschiedsgruß nicht ungehört verhallen wird. Ihr, jugendliche Arbeiter, die Ihr stolz wart, Kadetten der Sozialdemokratie genannt zu werden, werdet Eure Gesinnung auch nicht ändern, wenn ihr Rekruten des Militarismus geworden seid und Ihr werdet auch in der Kaserne wissen, daß die Hymne der Proletarier nicht der Radetzkymarsch, sondern die Marseillaise ist.

So geht Ihr, um wiederzukehren, und das System des Militarismus wird nur scheinbar gestärkt durch Euren Gewinn. Er braucht die Jugend, aber diese denkende, aufgeklärte Jugend ist ein zersetzendes Ferment in seinem Körper und es kommt die Zeit immer näher, wo gerade die scheinbare Ueberfülle und Uebermacht sein Verderben wird.

Die proletarische Jugend ist auch hier unsere große Zukunftshoffnung und wir sind gewiß, daß sie uns nicht enttäuschen wird.

Neuerscheinungen der Reihe „Quellen & Studien“

Peter Goller: **Marx und Engels in der bürgerlichen Ideologie und in der sozialistischen Theorie. Gesammelte Studien.** Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 7), 336 S., 17.– Euro

Im vorliegenden Band wird die an den Universitäten knapp vor 1900 einsetzende Auseinandersetzung mit Marx und Engels beschrieben. In den sozialistischen, marxistischen Theorieorganen wurde diese bürgerliche Marx-Engels-Adaption scharfer Kritik unterzogen, so von Franz Mehring, Rosa Luxemburg oder von Georg Lukács. Dieser sozialistischen Kritik ist der zweite Teil des Bandes gewidmet.

Manfred Mugrauer (Hg.): **Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern? 60 Jahre österreichische Verstaatlichungsgesetzgebung.** Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 8), 204 S., 10.– Euro



1946 beschloss der Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und KPÖ das 1. Verstaatlichungsgesetz, mit dem die Schlüsselindustrien und österreichischen Großbanken verstaatlicht wurden. 1947 wurde die gesamte Elektrizitätswirtschaft in staatlichen Besitz überführt. Heute sind von den Verstaatlichungen nur noch marginale Reste in Form von ÖIAG-Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen wie AUA, OMV, Post AG und Telekom Austria übrig geblieben.

Die Alfred Klahr Gesellschaft nahm den 60. Jahrestag des 1. Verstaatlichungsgesetzes zum Anlass, vor dem Hintergrund der seit 1987 währenden Reprivatisierungswelle die Aktualität von öffentlichem Eigentum in staatlicher und kommunaler Hand zu diskutieren. Der vorliegende Band vereint Statements und Referate dieser Konferenz mit weiteren Beiträgen und Dokumenten zum Thema.



Bestellungen an:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Drechslergasse 42, 1140 Wien
FAX: (+43-1) 982 10 86/18, klahr.gesellschaft@aon.at

Zum Tod des jugoslawischen Patrioten und Literaturwissenschaftlers Zoran Konstantinovic

Wenn Zoran Konstantinovic auf die gegenwärtigen deutsch-serbischen Beziehungen zu sprechen kam, schaute er zuerst auf die Geschichte zurück und nannte zwei Eckpunkte. Er erinnerte an die warmherzige Begegnung zwischen dem Schöpfer der modernen serbischen Schriftsprache Vuk Karadžić und Goethe in Weimar. Goethe hat durch sein bekundetes Interesse an serbischen Volksliedern auch Sympathien für die Serben in Europa geweckt. In den serbischen Schulbüchern wird daran mit der Interpretation angeknüpft, daß gerade diese kleine Episode des Besuchs von Karadžić bei Goethe ein Symbol dafür sei, dass die nach vier Jahrhunderten aus der Türkenherrschaft befreiten Serben in die europäische Kultur zurückgekehrt sind. In allen serbischen Schulbüchern findet sich dann auch ein Gedicht von Desanka Maksimovic, das versucht in Worten zu fassen, wie in der serbischen Stadt Kragujevac am 21. Oktober 1941 im Zuge einer Vergeltung 400 Gymnasiasten aus ihren Klassenzimmern getrieben und exekutiert wurden:

*Es ist geschehen und wahr,
daß an einem Tag in einem Land
auf dem bergigen Balkan
eine Schülerschar
den Märtyrertod fand
Alle geboren im selben Jahr
In der Schule die gleiche Freude und Plage,
zu den gleichen Festlichkeiten geführt,
zugleich gegen Krankheiten geimpft,
und alle starben
am selben Tage.
Es ist geschehen und wahr,
daß an einem Tag in einem Land
auf dem bergigen Balkan
eine Schülerschar
den Märtyrertod fand
Noch fünfzig Minuten
bevor sie starben
saßen die Schüler
in ihren Bänken,
mußten Aufgaben lösen, denken:
Wie weit kommt ein Wanderer mit Begleiter,
wenn er fünf Stunden ... er soll ...
und so weiter*

Geboren wurde Zoran Konstantinovic am 5. Juni 1920 in Belgrad, er ist Serbe, orthodox getauft und entstammte einer alten Familie an der ehemaligen Militärgrenze. Seine Vorfahren waren durch Generationen hindurch Offiziere der kaiserlichen Armee, in der auch sein Vater Vladimir als Hauptmann der Infanterie ge-

dient hat. 1938 (27. Juni) maturierte Konstantinovic in Belgrad am staatlichen zweiten Knabenrealgymnasium, die ersten vier Klassen hatte er am Gymnasium des Grazer Marieninstituts besucht. Nach der Matura leistete er seinen Militärdienst und kam nach dem Überfall Deutsch-



Zoran Konstantinovic (1920–2007)

lands auf Jugoslawien im April 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft. Die deutsche Luftwaffe hatte unter dem Befehl des Österreichers Alexander Löhr am 6. und 7. April 1941 das zur „offenen Stadt“ erklärte Belgrad massiv mit Brand- und Splitterbomben bombardiert. Konstantinovic sprach über die Jahre der Okkupation Jugoslawiens fast gar nicht, auch nicht über die Zeit der Gefangenschaft, betonte aber in einem bei den österreichischen Behörden eingereichten Lebenslauf: „Ich möchte [...] nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß ich während des Krieges alle Möglichkeiten abgeschlagen habe, mich der Gefangenschaft durch Mitarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht in meinem Lande zu entziehen und mich als jugoslawischer Patriot fühle“. Nach der Selbstbefreiung Jugoslawiens durch die von Josip Broz Tito geführte Partisanenarmee arbeitete Konstantinovic, verheiratet seit 1947 mit der Kroatin Dagmar Bestal, als Lehrer, später als Professor der englischen und deutschen Sprache an Militärschulen in Zagreb und Belgrad im Range eines Leutnants der jugoslawischen Volksarmee. Daneben studierte er englische, deutsche, französische und slawische Literatur an der Universität in Zagreb und Belgrad. 1955 legte er die Lehramtsprü-

fung ab, 1957 die Doktorprüfung, die mit der deutschen bzw. österreichischen Habilitation gleichzusetzen ist. Seine Dissertation handelt über „Reisebeschreibungen über Serbien und Montenegro in der deutschen Literatur“. 1956 quitierte er als Reservemajor seinen Dienst als Professor für Sprachen an der Militärakademie, widmete sich ausschließlich der wissenschaftlichen Laufbahn und wurde 1959 Dozent, 1964 Professor an der Belgrader Universität. Konstantinovic war sehr produktiv, er beschäftigte sich mit Germanistik und der Allgemeinen wie Vergleichenden Literaturwissenschaft, insbesondere mit Fragen der deutsch-südslawischen und österreichisch-südslawischen Literaturbeziehungen. Darüber hielt er an vielen europäischen Universitäten Vorträge und wurde zu einem führenden Experten. Es war für die Universität Innsbruck ein seltener Glücksfall, dass Konstantinovic bereit war, 1970 eine Berufung auf die erste österreichische Lehrkanzel für Vergleichenden Literaturwissenschaft anzunehmen. Seit den Märzahlen 1970 gab es in Österreich eine von Bruno Kreisky gebildete sozialistische Minderheitsregierung, die, ob schon von der sehr rechten FPÖ mit dem SS-Obersturmführer Friedrich Peter geduldet, Öffnung versprach und, was Konstantinovic besonders wichtig war, Österreichs Neutralität zur aktiven Friedensvermittlung in Europa und der Welt ausgestalten wollte. Konstantinovic, der mit seiner Ernennung die österreichische Staatsbürgerschaft erhielt und jugoslawischer Staatsbürger blieb, wollte darüber hinaus die freundlichen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Österreich weiter ausbauen. Seine wissenschaftliche Aufgabe sah Konstantinovic darin, die Vergleichende Literaturwissenschaft (Komparatistik) in Forschung und Lehre über die einzelnen Literaturen hinaus zum Gesamtbegriff der Weltliteratur auszuweiten. Als besonderen Schwerpunkt entwickelte er die Erforschung von Zusammenhängen zwischen Literatur und anderen Künsten sowie verschiedenen objektivierbaren Bereichen des Lebens. Trotz der an ihm wie seinen Landsleuten verübten Verbrechen der Deutschen war Konstantinovic gegenüber der BRD, der DDR und Österreich ein optimistischer Gelehrter, der meinte, die Verhältnisse würden sich aufgrund der Erfahrungen der Geschichte letztendlich im Sinne des

Fortschritts entwickeln. Viele Begegnungen in den intellektuellen Zirkeln Europas bestärkten ihn in dieser humanistischen Auffassung. Das Ende der realsozialistischen Länder beunruhigte ihn nicht nachhaltig, er hoffte sogar, dass aus dem wiedervereinigten Deutschland Impulse des Friedens ausgehen würden, indem er seine Hoffnungen an die Worte von Richard von Weizsäcker knüpfte: „Dieses wiedervereinigte Deutschland wird in Zukunft nur dem Frieden dienen!“ Welche Illusionen! In der Krise Jugoslawiens warb Konstantinovic in öffentlichen Medien, sofern ihm das gelegentlich überhaupt gestattet wurde, für eine friedliche Lösung im Sinne einer Föderation und wurde deswegen auf die infamste Weise angegriffen, wobei er von seiner Heimatuniversität Innsbruck und Österreich, das er so sehr liebte, völlig allein gelassen wurde. Der österreichische Schriftsteller Peter Handke, mit dem Konstantinovic Kontakt hielt, zählt zu den wenigen „Gerechten“ in Österreich. Der achtzigjährige Konstantinovic musste ein zweites Mal erleben, wie deutsche Luftwaffeneinheiten Belgrad bombardierten, er ging während der Angriffe im Frühjahr 1999 nicht einmal mehr in den Schutzkeller. Vorausgegangen war die vom wiedervereinigten Deutschland mit allen ihm zur Verfügung stehenden schmutzigen Mitteln forcierte Zerschlagung seiner Heimat Jugoslawien, an der sich das neutrale Österreich durch Serbienhasser wie Alois Mock in der schändlichsten und bösartigsten Weise beteiligt hatte. „Ich kann nur sagen“, so Konstantinovic, „die Menschen in diesem Raum haben sich nicht gehaßt, man hat den Haß um des Profits willen in sie hineingetragen [...]. Sicherlich ist der Schmerz, den ich empfinde, durch das Unglück der Menschen im Lande, aus dem ich stamme, bedingt. Aber es scheint mir nicht weniger der Enttäuschung zu entspringen, daß Österreich nicht so gewirkt hat, wie es seiner großen Tradition zufolge gerade in diesem Raum und in diesem Augenblick hätte wirken müssen. Und so wie ich darüber nachdenke, taucht in mir der vermessene Gedanke auf, daß vielleicht gerade ich noch einer jener wahren Österreicher sein könnte“. Zoran Konstantinovic starb am 22. Mai 2007 in Belgrad.

**PETER GOLLER/
GERHARD OBERKOFER**

Literatur: Peter Goller/Gerhard Oberkofler: „Orientierung über den Balkan“. Ein Gespräch mit Zoran Konstantinovic über die Jugoslawienkrise. Innsbruck 1994.

Maria Cäsar, Heimo Halbrainer (Hg.): „Die im Dunkeln sieht man doch“. Frauen im Widerstand – Verfolgung von Frauen in der Steiermark. Graz: Clio 2007, 19.– Euro



Anknüpfend an das von Mauthausen-Komitee Österreichs 2006 gewählte Schwerpunktthema „Frauen im Konzentrationslager“ initiierte der KZ-Verband der Steiermark gemeinsam mit CLIO eine Veranstaltungsreihe, die in Abwandlung der bekannten Passage aus Brechts Dreigroschenoper („die im Dunkeln, die sieht man nicht“) unter dem Motto stand: „Die im Dunkeln sieht man doch“. Die Vorträge beschäftigten sich mit verschiedenen Aspekten der steirischen Widerstandskämpferinnen. Das vorliegende Buch dokumentiert die Referate.

Heimo Halbrainer geht einleitend auf die Frage ein, wieso es notwendig sei, sich dem weiblichen Widerstand und den weiblichen Opfern zuzuwenden, also einem Teilbereich des österreichischen Widerstandes, der bislang unterbelichtet blieb. Völlig richtig verweist er darauf, dass der Widerstand in der Steiermark im Grunde genommen noch nicht wirklich umfassend aufgearbeitet wurde. Damit legt er m. M. den Finger auf den wunden Punkt der vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* bereits vor drei Jahrzehnten begonnenen Reihe „Widerstand und Verfolgung in Österreich“. Denn nicht nur, dass bereits zum Zeitpunkt der Neuauflage die drei Bände über den Widerstand in Wien längst durch umfangreiche neue Dokumente überholt waren (nicht unerwähnt kann die Tatsache bleiben, dass darin nicht einmal alle hingerichteten WiderstandskämpferInnen Wiens namentlich erwähnt werden), fehlen so wichtige Bundesländer wie die Steiermark und Kärnten, und damit die beiden neben Wien wichtigsten Bundesländer was den Widerstandskampf (und vor allem den bewaffneten) in Österreich betrifft.

Halbrainer verweist auf die Tatsache, dass der Anteil der Frauen am organisierten Widerstand mit zehn Prozent zu veranschlagen ist und jener beim individuellen bei ca. einem Drittel liegt. Bezüglich der seit dem Sommer 1943 erfolgten Hinrichtungen im LG Graz hält er fest, dass alle Hinrichtungen von Frauen wegen kommunistischen Hochverrat und Unterstützung der Partisanen erfolgten.

In einem weiteren Beitrag geht er auf

die Verfolgung der steirischen Bibelforscherinnen ein, die in den steirischen Nebenlagern des KZ Ravensbrück, in St. Lambrecht und in jenem Schloss in Lannach arbeiten mussten, das zum Besitz des ÖVP-Ministers und industriellen Multimillionärs Bartenstein gehört. Wie man durch die Presse weiß, hat er bis vor kurzem nichts von dieser KZ-Geschichte seines Schlosses gewusst. Jetzt aber, nachdem ihm ein steirischer Historiker jene Unterlagen lieferte, die bei Halbrainer nachzulesen sind, wird er eine Gedenktafel anbringen lassen.

Die Ehrenvorsitzende des KZ-Verbandes Steiermark, Maria Cäsar, schildert in ihrem Beitrag die Widerstandstätigkeit im Raum Judenburg, in die neben ihr auch andere Frauen eingebunden waren.

Christian Klösch erläutert die im christlichen Bereich angesiedelte Tätigkeit der „Weltbewegung gegen Rassenhass“ um Irene Harand, die ihre Tätigkeit im Kampf gegen den Antisemitismus sah.

Helga Amesbergers Beitrag beschäftigt sich mit den Steirerinnen (und auch Steirern – nicht viele wissen, dass im „Frauen-KZ“ Ravensbrück auch Männer inhaftiert waren), die im KZ Ravensbrück waren. Der aktuelle Forschungsstand hat 164 Steirerinnen (von denen 36 umgekommen sind) und 16 Steirer (von denen fünf starben) erfasst. Der Beitrag von Luise Reiter wurde bereits 1945 verfasst und schildert sehr drastisch die Quälereien – und die Peiniger – der Gestapo und ihre Verschickung ins KZ Ravensbrück.

Welche Geisteshaltung nach 1945 das „offizielle“ Österreich in Bezug auf die WiderstandskämpferInnen hatte, kann aus der Schilderung von Andrea Strutz abgelesen werden, die die vergeblichen Bemühungen zweier obersteirischer Frauen nachzeichnet, die aktiv die Partisanenbewegung in dieser Gegend unterstützt hatten und sich aus diesem Grund wegen der drohenden Verhaftung ein Jahr lang bis Kriegsende versteckt hatten. Ihnen wurde die Anerkennung als Widerstandskämpferinnen – und eine minimale finanzielle Abgeltung dieser mit Krankheitsfolgen verbundenen Isolierung – nicht zugestanden.

Das Buch enthält abschließend ein Lexikon der weiblichen NS-Opfer aus der Steiermark. Es umfasst einerseits die Opfer des organisierten und individuellen Widerstandes und die im LG Graz hingerichteten Frauen (also auch solche, die aus Kärnten und der Untersteiermark stammten), andererseits eine Auslistung der Opfer der NS-Rassegesetzgebung.

WILLI WEINERT

Zum hundertsten Geburtstag von Selma Steinmetz

Selma Steinmetz wurde am 1. September 1907 in Wien geboren. Ihre Eltern waren aktive Sozialdemokraten, und auch sie war in den Jahren ihres Studiums Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Sie studierte an der Wiener Universität Geschichte, Germanistik, Literatur und Pädagogik. Ihre Dissertation hatte den Titel „Bettina Brentano – Persönlichkeit, Künstlertum und Gedankenwelt“.

Trotz ausgezeichneter Lehramtszeugnisse bekam sie als sozialdemokratische jüdische Lehrerin im Austrofaschismus keine Anstellung. 1937 ging Selma Steinmetz nach Frankreich. Sie wollte nach Spanien fahren, um im Bürgerkrieg die republikanische Seite zu unterstützen. Da dies nicht durchführbar war, trat sie auf Empfehlungen österreichischer kommunistischer Genossen (Paul Kessler) in die Französische Kommunistische Partei (FKP) ein. In einem Vorort von Paris arbeitete sie im Literaturvertrieb dieser Organisation. 1939 kam sie wieder in Kontakt mit den österreichischen Kommunisten und lernte Oskar Grossmann kennen, mit dem sie bis zu ihrer Verhaftung 1944 eng verbunden blieb.

Vor dem Einmarsch der deutschen Armee flüchtete Selma Steinmetz mit Oskar Grossmann und anderen politischen EmigrantInnen nach Südfrankreich in die damals noch unbesetzte Zone. „1940 wurde ich als Parteikandidatin in die KPÖ aufgenommen. Gleichzeitig arbeitete ich im Sekretariat der Quäker, durch die ich damals vielen österreichischen und deutschen GenossInnen in den französischen Konzentrationslagern helfen konnte. In Toulouse und Montauban sammelten sich sehr viele unserer Genossen. Sie kamen aus Paris, aber auch aus Lagern. Unter ihnen waren damals Alfred Klahr, Othmar Strobl, Heinrich Fritz und Oskar Grossmann. Wir hatten eine sehr rege Schulungstätigkeit.“

Das Leben der EmigrantInnen war sehr schwer. Sie litten an Geld- und Nahrungsmittelmangel, wohnten in unbeheizten Räumen und wurden häufig von den Behörden schikaniert. In dieser Zeit verdiente sich Selma Steinmetz durch Heimarbeit mit der Erzeugung von Lederbörsen etwas Geld.

1942, als die deutschen Truppen ganz Frankreich besetzten, ging sie unter falschen Namen in die absolute Illegalität und schloss sich dem aktiven Widerstand an. Im Rahmen der französischen Resistance hatten österreichische Kommuni-

stInnen die mündliche und schriftliche Aufklärungsarbeit mit Flugblättern, Zeitungen, Arbeit bei den Besatzungsstellen, aber auch mit persönlichen Kontakten und Gesprächen wurde die mühsame und gefährliche Überzeugungsarbeit geleistet. Man nannte diese Tätigkeit *Travaillemende* (TA – deutsche Arbeit).

Selma Steinmetz arbeitete von 1942 bis 1944 gemeinsam mit Oskar Grossmann an der Herstellung der Zeitung *Soldat am Mittelmeer*. Die illegalen Zeitungen und Flugblätter klärten über die Unmenschlichkeit und Grausamkeit des Naziregimes auf und motivierten zur Desertion und zur Beendigung des verbrecherischen Krieges. Im Juni 1944 wurde Selma Steinmetz, Oskar Grossmann und andere KommunistInnen von der Gestapo verhaftet. Sie wurden schwer gefoltert. Der Wiener Gestapobeamte Tucek verhörte die österreichischen Gefangenen.

„Ich wurde von Tucek in Ketten gelegt, vorerst schlug er mich mit der bloßen Faust. Dann nahm er einen Ochsenziemer zur Hilfe, mit welchem er mich am ganzen Körper so schlug, dass mein Körper voll mit Blutstriemen war [...]. Am nächsten Tag wandte er bei mir die Methode eines Bades an. Ich musste mich bis auf meine Unterwäsche ausziehen, wurde an Händen und Füßen gefesselt und in die Badewanne gelegt, welche mit kaltem Wasser angefüllt war. Ich wurde fortwährend mit dem Kopf unter Wasser getaucht, wenn ich mit dem Kopfe aus dem Wasser kam, hielt man mir die Dusche ins Gesicht, so dass ich durch die Wasserstrahlen ebenfalls fast keine Luft bekam. [...] Ich glaubte jeden Moment, ersticken zu müssen. [...] In dieser Weise wurde ich fünf Tage lang von Tucek verhört.“

Oskar Grossmann überlebte diese grausame Folter nicht. Selma wurde dann ins Gefängnis von Fresnes überstellt, wo sie noch einige Male von Tucek zum Verhör geholt wurde, wobei er ihr fortwährend mit dem Erschießen drohte. Am 7. August 1944 kam sie ins Lager Drancy, von wo sie deportiert werden sollte. Glücklicherweise wurde sie im letzten Moment von der französischen Resistance befreit.

Im Dezember 1945 kam Selma Steinmetz nach Wien zurück. Sie war dann Bibliothekarin in den Wiener Städtischen Büchereien und wurde 1947 Leiterin der Filiale im 20. Bezirk in der Leystraße.

Im Jahr 1963, von der Gründung des *Dokumentationsarchivs des Österreichi-*

schen Widerstandes (DÖW) bis zu ihrem Tod hat Selma Steinmetz aktiv am Aufbau der Bibliothek und an der Erforschung des Widerstands einen wichtigen Beitrag zur bedeutungsvollen Arbeit dieser Institution geleistet. Eine kurze Aufzählung einiger Themen ihrer Beiträge zeigt das breite Spektrum ihrer publizistischen Tätigkeit. Sie schrieb z.B. über die Kulturmission des Buches, über die noch immer vorhandenen Schwierigkeiten und Diskriminierungen der Frauen an Österreichs Universitäten, über Maria von Ebner Eschenbach und die slawischen Völker, über Jura Soyfer, über die Verfolgung der Juden am so genannten „schwarzen Donnerstag“ in Frankreich, über den revolutionären Sozialisten Franz Sachs und über viele andere Themen in der *Stimme der Frau*, im *Tagebuch*, im *Widerstandskämpfer* u.a. Besondere Beachtung fand die Monographie „Österreichs Zigeuner im NS-Staat“ (Europaverlag). In dieser Studie recherchierte sie als erste das Schicksal und die Leiden der Roma und Sinti in Österreich.

Ihre Unzufriedenheit mit der Haltung der KPÖ zum Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die CSSR 1968 führte zu ihrem Austritt aus der Partei. Als überzeugte Antifaschistin setzte sie sich bis zu ihrem Lebensende gegen Rassismus und Antisemitismus ein. Sie erhielt das Ehrenzeichen um Verdienste um die Befreiung Österreichs und wurde mit dem silbernen Ehrenzeichen für Verdienst um die Republik Österreich ausgezeichnet.

Am 20. April 2007 organisierten eine Künstlergruppe und Einwohner des Stuwerviertels zu Ehren von Selma Steinmetz ein schönes Straßenfest, wo von ihnen die Arnetzhoferstraße in Selma Steinmetzstraße umbenannt wurde (Arnetzhofer war im 17. Jahrhundert ein antisemitischer Hassprediger, der für die Judenvertreibung aus der Leopoldstadt mitverantwortlich gewesen war).

Selma Steinmetz starb am 18. Juni 1978. Im Nachruf des DÖW wird betont, dass sie maßgeblichen Anteil an der Gründung und an dem Aufbau des Dokumentationsarchivs hatte. Die KollegInnen schätzten ihr umfangreiches Wissen, ihre Hilfsbereitschaft und Menschenfreundlichkeit.

IRMA SCHWAGER

Quelle für die Daten und Zitate: : Barbara Kintert: Vertrieben und vergessen? Bibliothekarinnen in der Kinderfreunde- und Arbeiterbewegung. Teil 3: Selma Steinmetz.

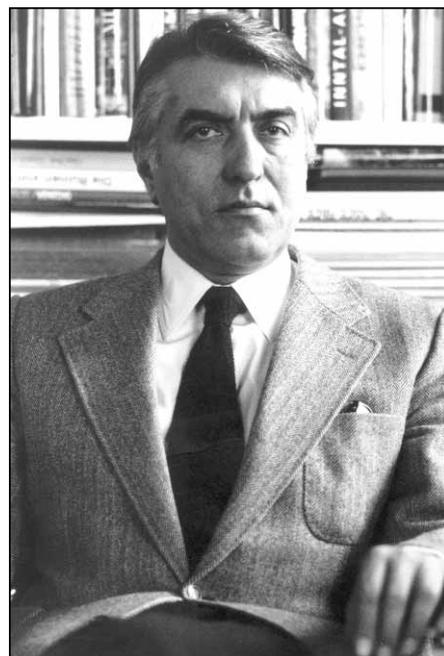
„[...] arbeite ich [...] ganztägig am Wiederaufbau der KPÖ mit“ Eine Episode aus dem Leben von Helmut Zilk

Der 80. Geburtstag von Wiens Altbürgermeister Helmut Zilk am 9. Juni 2007 wurde vor wenigen Monaten als großes Medienereignis begangen. Nicht zu erwarten war, dass dabei Helmut Zilks kurzzeitige Zugehörigkeit zur Freien Österreichischen Jugend und Kommunistischen Partei Österreichs in der unmittelbaren Nachkriegszeit zur Sprache kommen würde. Am Rande gestreift wurde dieser Gesichtspunkt lediglich in einem Artikel von Hans Werner Scheidl in der *Presse*.¹ Nicht weiterer Enthüllungen wegen, sondern aufgrund einiger historischer Ungenauigkeiten in diesem Beitrag und auch in der Zilk-Biographie Scheidls,² habe ich an die Redaktion folgenden LeserInnenbrief gerichtet:

Hans Werner Scheidls aktueller Versuch, das zeitweilige Naheverhältnis des späteren Wiener Bürgermeisters Helmut Zilk zur österreichischen kommunistischen Bewegung zu rechtfertigen, erfordert einige Korrekturen: Scheidl behauptet, dass sich Zilk zur Zeit des Nationalsozialismus im Sog kommunistischer Bekannter der KPÖ-nahen „Freien österreichischen Jugend“ angeschlossen habe, diese aber bereits wieder verlassen habe, „bevor noch der Krieg zu Ende war“. Ein Blick auf die historischen Tat-

sachen macht die Unmöglichkeit dieser Behauptung deutlich, wurde doch die FÖJ erst am 16. Mai 1945 gegründet, also wenige Wochen nach der Befreiung Wiens durch die Rote Armee.

Dieser Version im genannten Presse-Artikel widerspricht auch Scheidls eigene Darstellung in seiner 2003 erschienenen Zilk-Biographie, in der er die zeitweilige Mitgliedschaft Zilks in der FÖJ in der unmittelbaren Nachkriegszeit, also über das Kriegsende hinaus, eingestand: „Es sind Jugendfreunde, die ihn einladen, ‚mitzumachen‘. Zilk schließt sich der Freien Österreichischen Jugend an, ist damit automatisch Mitglied der KPÖ, verlässt sie aber 1946 wieder“, schreibt Scheidl dort (S. 33), wobei auch diese – der Wahrheit gewiss näher kommende – Darstellung korrekturbedürftig ist: War doch die FÖJ im Rahmen der Volksfronttaktik der KPÖ ganz im Gegenteil der Versuch, mit der Bildung einer antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation auf überparteilicher Grundlage zu wirken. Eine automatische Mitgliedschaft in der KPÖ wäre diesem Versuch einer Verbreiterung der eigenen Basis diametral entgegengelaufen. Nachdem sowohl die SPÖ als auch die ÖVP einer solchen einheitlichen Jugendbewegung ablehnend



gegenüberstanden und frühzeitig eigene Vorfeldorganisationen etablierten, blieben die KommunistInnen in der FÖJ jedoch praktisch unter sich.

Zilk war insofern als FÖJ-Mitglied zwar nicht „automatisch“ Mitglied der KPÖ, gehörte der Kommunistischen Partei aber in der Tat kurzzeitig an. Dies wird unzweifelhaft durch einen am 21. August 1945 von ihm verfassten Lebenslauf belegt: Demnach trat er am 10. April 1945, also noch während der Kampfhandlungen, der KPÖ bei.³ Zwei weitere Dokumente aus dem Zentralen Parteiarchiv der KPÖ können den bisherigen Kenntnisstand über diese Phase im Leben des damals 18-jährigen Zilk erweitern: Geht doch aus einem von ihm Ende Oktober 1945 ausgefüllten Fragebogen hervor, dass Zilk der KPÖ nicht nur als einfaches Mitglied, sondern sogar der Bezirksleitung des achten Wiener Gemeindebezirkes angehörte.⁴ In seiner Funktion als „Sportreferent“ dieses neunköpfigen Gremiums wurde er – wie der Bericht der Bezirksleitung an den bevorstehenden 13. Parteitag der KPÖ zeigt – am 9. Februar 1946 bestätigt.⁵

Helmut Zilk trat der KPÖ in einer Zeit großen Mitgliederzustroms und rapiden Wachstums bei. Neben zahlreichen „Konjunkturkommunisten“ ging es den meisten von ihnen darum, aktiven Anteil am demokratischen Wiederaufbau Österreichs zu nehmen. Wann und unter welchen Umständen Zilk die KPÖ und die FÖJ wieder verlassen hat, geht aus den vorhandenen Quellen nicht hervor.

Helmut Zilk

Wien, den 21.8.1945

Mein politischer Lebenslauf

Am 9. Juni 1927 geboren, kam ich in meinem 7. Lebensjahr in die Volksschule. Nach dem Besuch von vier Kl. Volksschule absolvierte ich 2 Kl. Haupt- und 2 Kl. Oberschule. Mit 15 Jahren trat ich in die Lehrerbildungsanstalt Wien 1. ein. Hier lernte ich den Nationalsozialismus erst richtig hasen. Von meinem Vater von jeher im kommunistischen Sinne erzogen, lehnte ich mich gegen jedes nationalsozialistische Gedankengut und unsere dementsprechenden Erziehung auf. Dies hatte für mich natürlich große Nachteile; so wäre ich z.B. beinahe aus der Anstalt entfernt worden, weil ich als einziger Schüler die Aufnahme in die NSDAP. ablehnte, hätte mich nicht ein Studienrat voll gedeckt. So kam ich mit der Bemerkung, daß meine Haltung nicht einwandfrei wäre, davon. (Mein Schulzeugnis liegt als Beweis jederzeit auf). In den letzten 2 Jahren

schufen wir eine antifaschistische Gruppe. Wir verbreiteten Flugschriften, klebten sie an Wände und Türen usw. Im Frühjahr 1941 kam die Gestapo zur Untersuchung in unsere Anstalt. Obwohl sie einige Tage herumschnüffelten, konnten sie nichts entdecken. Von da an bis März 1945 arbeiteten wir im propagandistischen Sinne in unserer Anstalt und deren Umgebung. Vor der Befreiung durch die Rote Armee nahm ich Fühlung mit einem zurückgekehrten Genossen (Gen. Saxinger, Bezirkssekretär im 15. Bezirk) auf und vom 10. April bis zum heutigen Tage arbeite ich täglich, ganztätig am Wiederaufbau der KPÖ. mit.

Meine vorstehenden Angaben kann ich jederzeit beenden: Helmut Zilk.

NS.: Hinzufügen muss ich noch, daß ich in der Zeit, in der ich die Lehrerbildungsanstalt besuchte, auch zwangsweise in der Anstalts-HJ. war.

Womöglich wird Zilk dem Presse-Autor Hans Werner Scheidl darüber Auskunft geben können. Legendenhafte Verdrehungen oder schlichtweg Falsches sind jedenfalls nicht dazu geneigt, ein korrektes Bild der Biographie des Wiener Altbürgermeisters zu vermitteln.

Mag. Manfred Mugrauer
(wissenschaftlicher Sekretär der
Alfred Klahr Gesellschaft)

Diese Zuschrift wurde zwar nicht veröffentlicht, jedoch vom Presse-Autor Scheidl an Helmut Zilk zur Stellungnahme weitergeleitet. Eine Antwort auf die Frage nach Zilks Abschied von der KPÖ bzw. KPÖ-nahen Organisationen findet sich nun in seinen von Conny Bischofberger aufgezeichneten und kürzlich erschienenen Erinnerungen:⁶ Zilk erwähnt dort den auch in seinem „politischen Lebenslauf“ vom August 1945 angeführten Wohnungsnachbar „Saxinger“, über den er vor Kriegsende „in einen Zirkel illegaler Kommunisten“ geraten sei (S. 42). Es dürfte sich dabei wohl um Karl Sachsinger, Mitglied der Bezirksleitung der KPÖ Wien 15., handeln.

Auffällig ist, dass Zilk, der sich 1945 von seinem Vater noch „von jeher im kommunistischen Sinne erzogen“ wusste, in seinen Erinnerungen von „einem sehr liberalen, freiheitlichen, demokratischen Haus“ spricht, aus dem er stamme (S. 28). Auf seinen Beitritt zur KPÖ nach der Befreiung Wiens und seine Aktivitäten im Rahmen von Parteistrukturen geht Zilk nicht ein. Im diesbezüglichen Kapitel widmet er sich schwerpunktmäßig den Übergriffen von Angehörigen der Roten Armee und seiner frühen Erkenntnis, dass es sich beim Kommunismus um „ein ebenso menschenverachtendes Regime“ gehandelt habe (S. 43). 1946 ist Zilk – eigenen Angaben zufolge – aus der KPÖ ausgetreten (S. 44).

MANFRED MUGRAUER

Anmerkungen:

1/ Scheidl, Hans Werner: Der erste *Talkmaster*, der erste Ombudsmann. Helmut Zilk. Ein Volksbildner, der der Waffen-SS ein Schnippchen schlug, in: *Die Presse*, 2.6.2007, S. 6.

2/ Scheidl, Hans Werner: Helmut Zilk. Wien: Holzhausen 2003.

3/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Helmut Zilk: Mein politischer Lebenslauf, 21.8.1945 (siehe nebenstehendes Dokument).

4/ ZPA der KPÖ, Helmut Zilk: Fragebogen vom 28.10.1945.

5/ ZPA der KPÖ, Bericht der Bezirksleitung Wien VIII. an den 13. Parteitag der KPÖ, 9.3.1946.

6/ Bischofberger, Conny: Helmut Zilk. Meine drei Leben. Wien: Amalthea Signum Verlag 2007.

Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?

Javier Solana, Beauftragter für die EU-Sicherheitspolitik, hob bereits im Jahr 2000 hervor, dass die EU-Militärpolitik „mit Lichtgeschwindigkeit“ vorankomme: 1992 wurden die EU-Staaten im Vertrag von Maastricht angehalten, „die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos“ zu unterstützen. Auch eine „gemeinsame Verteidigungspolitik“ wurde ins Auge gefasst und der Militärpakt WEU (Westeuropäische Union) zum „integralen Bestandteil“ der EU erklärt. Ebenso 1992 präsentierte die WEU die „Petersburger Aufgaben“. Nicht näher definierte „Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung“ sollten in Hinkunft zum Aufgabenkatalog des westeuropäischen Militärpaktes gehören. 1997 wurden diese „Petersburger Aufgaben“ mit dem Vertrag von Amsterdam Bestandteil des EU-Grundlagenvertrages. Die „gemeinsame Verteidigungspolitik“ soll durch eine „rüstungspolitische Zusammenarbeit“ der Mitgliedsstaaten untermauert werden.

Eine Dynamik gewann dieser Prozess mit dem völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Anfang Juni 1999 wurden beim EU-Gipfel in Köln die Weichen in Richtung einer eigenständigen EU-Streitmacht gelegt. Noch im Dezember 1999 wurde beim EU-Gipfel in Helsinki die Aufstellung der so genannten EU-Interventionstruppe beschlossen. Im Vertrag von Nizza im Jahr 2000 wurde der Militärpakt WEU in die EU integriert und damit die EU selbst in einen Militärpakt verwandelt. Im Dezember 2003 einigten sich die EU-Staats- und Regierungschef auf eine künftige EU-Verfassung, die in Art. I-41 eine Aufrüstungsverpflichtung, sowie die Bildung eines militärischen Kerneuropas vorsieht. Verschiedene Hochrüstungsprojekte und die geplanten Interventionstruppen laufen letztlich auf die Herausbildung einer militärischen und ökonomischen „Supermacht EU“ hinaus.

Die Palette der Militarisierung reicht demgemäß vom Aufbau neuer offensiver Kampfeinheiten und einer Vielzahl neuer Waffengattungen über die Ausweitung der Kriegs- und Kolonialmissionen in den verschiedensten Erdteilen bis hin zum Versuch, neue Entscheidungsmechanismen und Institutionen durchzusetzen (EU-Verfassung), um diese Militarisierung rüstungsloser exekutieren zu können.



Alfred Klahr Gesellschaft
Bildungsverein der KPÖ Steiermark
Verein für soziale Stadtentwicklung

„Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?“

Podiumsdiskussion

Freitag, 28. September 2007, 19.00
Gotische Halle, Stadtmuseum Graz,
Sackstraße 18

Symposium

Samstag, 29. September 2007
10.00–17.30
KPÖ-Bildungszentrum im
Volkshaus Graz

Programmablauf: Seite 24

Mit dem Beitritt zur EU und NATO-Partnerschaft für Frieden hat auch die Internationalisierung österreichischer Sicherheits- und Militärpolitik einen gewaltigen Schub erhalten. Die angestrebte Entwicklung der EU zu einer Verteidigungsgemeinschaft und damit zu einem Militärpakt wirft vor allem die Frage nach der Vereinbarkeit mit der österreichischen Neutralität auf. Zur Analyse dieser Entwicklungen veranstaltet die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT – in Kooperation mit dem *Bildungsverein der KPÖ Steiermark* und dem *Verein für soziale Stadtentwicklung* – eine zweitägige Konferenz in Graz. Im Rahmen des Symposiums soll die österreichische Verteidigungs- und Militärpolitik vor dem Hintergrund der österreichischen Neutralität und ihrer aktuellen Bedeutung eingeschätzt werden, sowie eine argumentative Auseinandersetzung mit der Entwicklung der EU in Richtung einer Verteidigungsgemeinschaft stattfinden.



Gerald Oberansmayr:
Auf dem Weg
zur Supermacht.
Die Militarisierung der Europäischen Union.
Wien:
Promedia 2004



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur
Erforschung der
Geschichte der
Arbeiterbewegung

Verein für
soziale
Stadtentwicklung



Podiumsdiskussion und Symposium „Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?“

28./29. September 2007, Graz

Freitag, 28. September 2007, 19.00
Gotische Halle, Sackstraße 18

Podiumsdiskussion:

Univ.-Prof. Dr. **Heinz Gärtner** (Österreichisches Institut für Internationale Politik)
Ernest Kaltenecker (Klubobmann der KPÖ Steiermark)
BM a.D. **Erwin Lanc** (International Institute for Peace, Wien)
Hon.-Prof. DDr. **Erich Reiter** (Internationales Institut für Liberale Politik, Wien)
Univ.-Prof. Dr. **Thomas Schönfeld** (Österreichischer Friedensrat)
Moderation: Dr. **Walther Leeb** (Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft)



Samstag, 29. September 2007, 10.00–17.30

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz

Symposium:

10.00 Begrüßung durch Dr. **Walther Leeb** (Alfred Klahr Gesellschaft) und **Franz Stephan Parteder** (Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark)

10.30 Dr. **Franz Leidenmühler** (Institut für Europarecht der Universität Linz): *Das dauernd neutrale Österreich als Mitglied einer Europäischen Union auf dem Weg zum Verteidigungsbündnis – Die rechtliche Dimension*

11.15 Mag. **Gerald Oberansmayr** (Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz): *Auf dem Weg zur Supermacht – Die Militarisierung der Europäischen Union*

12.30–13.45 Mittagspause

13.45 **Manfred Sauer** (International Physicians for the Prevention of Nuclear War, Wien):

Die Entwicklung der österreichischen Sicherheits- und Militärpolitik seit dem EU-Beitritt

14.45 Univ.-Prof. Dr. **Thomas Schönfeld** (Österreichischer Friedensrat, Wien): *Militarisierung zerstört Neutralität*

16.00 **Ulrike Koushan** (Werkstatt Frieden & Solidarität, Salzburg): *„Und sie bewegt sich doch!“ – Die österreichische Friedensbewegung und der Wandel von Österreichs Neutralitätspolitik zur offensiven EU-Sicherheitspolitik*

16.45 Dipl.-Päd. **Veronika Rochhart** (Steirische Friedensplattform, Graz): *Die Aktivitäten der Steirischen Friedensplattform gegen die Militarisierung der EU unter Beteiligung des neutralen Österreich*

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
Präsident: Dr. Walther Leeb
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Peter Goller, Hans Hautmann, Manfred Mugrauer, Gerhard Oberkofler, Irma Schwager, Willi Weinert
Layout: Manfred Mugrauer
Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien
Tel.: (+43-1) 982 10 86
FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18
e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at
Internet: www.klahrgesellschaft.at
Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S
P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung
der Geschichte der
Arbeiterbewegung

Symposium

„Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?“

20. Oktober 2007
10.00–14.00

Mag. **Gerald Oberansmayr**

(Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz):
Auf dem Weg zur Supermacht – Die Militarisierung der Europäischen Union

Manfred Sauer (International Physicians for the Prevention of Nuclear War):
Die Entwicklung der österreichischen Sicherheits- und Militärpolitik seit dem EU-Beitritt

Univ.-Prof. Dr. **Thomas Schönfeld** (Österreichischer Friedensrat, Wien):
Militarisierung zerstört Neutralität

Dr. Elke Renner (Österreichischer Friedensrat, Wien):
Die österreichische Friedensbewegung und der Wandel von Österreichs Neutralitätspolitik zur offensiven EU-Sicherheitspolitik

Universitätscampus Altes AKH,
ehemalige Kapelle
Spitalgasse 2–4/Hof 2, 1090 Wien
(Linie 5, 33, 43, 44 Lange Gasse)